

Arbeiter-Zeitung

Vertrieb durch
Wahlvereine
Marken
Kommunistischen Partei

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzthor Str. 50, Tel. 540 80.
Verlagsredaktion: Breslau 544, Reichthor Str. 50, Tel. 239 02.
Sprechst. der Redaktion von 12-18 Uhr.
Montags bis Freitags von 17-19 Uhr. Filialredaktionen:
Wrocław, Silesien, 29, Tel. 4085; Oppeln, Wladyslawstr. 11, Tel. 1944;
Katowice, Silesien, 6, Telefon 2884. Geschäftsst. von 8-12 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Verlags-Adressen: Verlagsverwalter
H. G., Breslau. — Druck: „Preussag“-Druck, H. G., Breslau, Kreuzthor Str. 50.

Ein Bluff Orzeszinskis

Konferenz der Innenminister zur Vorbereitung neuer Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Proletariat / Verbot des Stahlhelms im Rheinland zur Täuschung der Arbeiterschaft

Breslau, 10. Oktober.

Im preussischen Ministerium des Innern fand gestern unter dem Vorsitz des berichtigten Polizeiministers Orzeszinski eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten Preußens statt, in der außer den Chefs der Provinz- und Bezirksbehörden Preußens die leitenden Beamten des preussischen Ministeriums des Innern und Vertreter sämtlicher anderer preussischer Ressorts teilnahmen. Orzeszinski hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte, daß die politische Lage ernst, aber nicht bedrohlich sei. Die extremen politischen Parteien, erklärte der Polizeiminister, machten demagogisch den heutigen Staat verantwortlich für die Notlage breiter Volksschichten, die lediglich der ungeheuren Belastung der Allgemeinheit infolge des verlorenen Krieges zuzuschreiben sei. Es folgte dann eine Polemik Orzeszinskis gegen das Volksbegehren und eine bewegte Rede über das Fehlen des Republiksschutzgesetzes. Die Beseitigung dieses Gesetzes habe eine unerträgliche Situation geschaffen. Was an Beschimpfungen und Frechheiten dem Staat und den verantwortlichen politischen Staatsmännern gegenüber geleistet werde, habe mit politischer Meinungsfreiheit nicht das Geringste zu tun. Dieser Zustand sei auf die Dauer nicht zu ertragen. Er werde daher in absehbarer Zeit ein neues Republiksschutzgesetz einbringen. Bis zu dem Zeitpunkt, des Inkrafttretens des neuen Gesetzes, werde die Polizei mit verstärkter Aufmerksamkeit den Terror bekämpfen. An die Ausführungen des Polizeiministers schloß sich eine rege Aussprache, in der besonders die sozialdemokratischen Oberpräsidenten zum Ausdruck brachten, daß alle staatlichen Machtmittel zur Bekämpfung der radikalen Elemente eingesetzt werden müssen.

Im Frühjahr dieses Jahres begann der Vorstoß des Polizeiministers, der den verklärten sozialfaschistischen Kurs einleitete mit dem bekannten Rundbrief an die Oberpräsidenten. Der Drohung gegen die „radikalen“ Elemente, unter denen Orzeszinski natürlich nur die kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiterorganisationen verstand, folgte die systematische Provozierung der Arbeiterschaft durch ständige Polizeiverstöße und der lang vorbereitete Arbeitermord am 1. Mai in Berlin. Der Mord in Berlin war das Signal zur Einleitung weiterer Unterdrückungen, zum Verbot des KFB, zu Massenanklagen gegen die kommunistische Presse, zur Unterdrückung der „Roten Fahne“ und anderer Schandmaßnahmen. Die Konferenz, die gestern in Berlin tagte, sowie das Severing'sche Verbannungsgebot, das von uns heute in der Beilage entsprechend seiner politischen Bedeutung gewürdigt wird,

leitet eine neue Etappe des sozialdemokratischen Rufes ein.

Sie ist die Folge der Annahme des Young-Planes, welcher die verstärkte Ausplünderung des arbeitenden Volkes zur Folge hat, sie steht im engsten Zusammenhang mit der Annahme des Hungergesetzes und der gewaltigen Empörungswelle der Arbeiterschaft, vor der die feigen, doppelzüngigen Arbeiterverräter in der SPD zittern. Die korrupten Verbrecher, die angesichts des Sklarek-Skandals dem Abscheu, der Empörung und der Verachtung des gesamten werktätigen Volkes ausgeliefert sind, wollen unter dem Vorwand des Republiksschutzes sich vor dem Zorn der Massen schützen. Schutz vor der Empörung der Massen, Sicherung der verschärften kapitalistischen Ausbeutung der Massen durch den Young-Plan, das ist der politische Sinn der gestrigen Konferenz.

Der Oberbürgermeister von Breslau, Herr Wagner, hat durch seinen Ausspruch, daß Blut in Breslau fließen wird, ja verraten, wozu es geht. Die arbeitende Bevölkerung wird unter Führung der kommunistischen Partei den Vorstoß Orzeszinskis beantworten mit dem verklärten Kampf gegen den sozialfaschistischen Kurs, mit der Steigerung der Wirtschaftskämpfe zu politischen Streiks und der Sammlung der Massen zum Sturm des bis auf die Knochen korrupten kapitalistischen Systems, dessen Gardelänger mit blutigen Unterdrückungsmaßnahmen ihre wankende Herrschaft beselligen wollen.

Um die arbeitende Bevölkerung zu täuschen, hat Orzeszinski am 8. Oktober die Stahlhelmsgruppen im Rheinland und Westfalen wegen des Verdachtes militärischer Betätigung aufgelöst. Die Auflösung hat denselben Wert wie die Auflösung der nationalsozialistischen Gruppen in Schlesien, die weiter ihre Tätigkeit fortsetzen. Kein Arbeiter wird sich durch diese Maßnahme von Orzeszinski täuschen lassen. Wir kommen auf die Bedeutung dieses Verbotes noch zurück.

Polizei im Parlament in Lübeck

In der Bürgerkammer in Lübeck wurden die Dringlichkeitsanträge der KPD-Fraktion für die Erwerbslosen abgelehnt, worauf der Genosse Lann das Wort zu einer Erklärung verlangte. Das Wort wurde ihm aber entzogen und der Genosse für vier Sitzungen ausgeschlossen. Schließlich drang Polizei ein und warf den Genossen Lann hinaus. Die KPD-Fraktion gab trotz Protestes noch eine Erklärung für die Aufhebung des KFB-Verbotes ab und stimmte die „Internationale“ an.

nichtige Stadtverordnetenfraktion folgenden weiteren Dringlichkeitsantrag einbringen:

„Der Magistrat wird ersucht, sofort anzuordnen, daß alle Rückzahlungsverpflichtungen der genannten Unterstüßungsempfänger betr. Sklarek'sche Bekleidungsstücke gestrichen werden, und daß alle Unterstüßungsempfänger, die bereits Rückzahlungen geleistet haben, ihr Geld wiedererhalten.“

Die KPD im Vormarsch

Am Sonntag, dem 6. Oktober, fanden in Baden etwa 80 Wahlversammlungen der KPD statt, bei denen die Partei überall einen guten Erfolg hatte. Ferner wurden mit großem Erfolg drei Landsonntage durchgeführt. Der Unterbezirk Heidelberg verkaufte allein 1600 „Arbeiter-Zeitungen“.

In Pflattersdorf hatten die Faschisten eine Kundgebung vorgesehen, aber die Einwohner zollten den Ausführungen ungerade Genossen den stärksten Beifall, und die Faschisten mußten abziehen.

In Müllingen bereiteten parteilose Arbeiter und Kleinbauern den Faschisten, gleichfalls eine empfindliche Abfuhr. Die dortigen Arbeiter erkannten einbedeutende Versammlung wurde unter dem Banner der „Internationalen“ geschlossen. Die Arbeiter und Kleinbauern machten den flüchtenden Faschisten lange Weile.

Am Sonntag fand in Karlsruhe eine antifaschistische Kundgebung statt. Der ganze Saalbau war bis auf den letzten Platz besetzt. 32 Arbeiter traten sofort einer Abwehrorganisation bei. Ferner wurde ein Kampfkomitee gegen das KFB-Verbot gegründet.

Sozialfaschisten in der Kriegsfront

In Breslau wurde am Sonntag ein Landwehrdenkmal eingeweiht. Pfaffen, abgedankte Offiziere, Reichswehr und Kriegervereine waren aufgeboden. Wilhelm war durch einen Generaladjutanten vertreten. Es wurden Loblieder auf den Kriegsverlierer Lubendorff gesungen. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wurm sprach von der „russischen Weltbeherrschungssucht“ und vom „skandinavischen Erbfeind“. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ hat nur eines an dieser Propaganda zum nächsten Völkermorden auszusprechen: daß Schwarzrotgold zu schwach vertreten war. Sozialdemokraten und Demokraten haben gemeinsam mit den deutschnationalen im Niederschlesischen Provinziallandtag die Mittel für die Errichtung des Denkmals bewilligt, während sie für Kriegsverletzte und Arbeitslose kein Geld haben. Die Arbeiterschaft wird sich dessen am 17. November erinnern.

Oppelner Theaterprozeß

Oppeln, 10. Oktober. Im Oppelner Theaterprozeß hat am Mittwoch der als Zeuge vernommene Musiker Wende, der mit an der polnischen Oper in Kattowitz beschäftigt ist, erklärt, daß er auf dem Wege zum Bahnhof in Oppeln seinerzeit nicht geschlagen und sein Instrument nicht beschädigt wurde. Erst als er wieder in Kattowitz gewesen sei, sei ihm am nächsten Tage, am Montagabend, von dem Orchesterinspektor der Kattowitzer Oper befohlen worden, sein Instrument, ein Waldhorn, zu zerzhlagen und sich von dem Arzt Dr. Lomiat, der als Sachverständiger zu dem Prozeß geladen ist, ein ärztliches Attest ausstellen zu lassen. Dr. Lomiat habe ihn dann krankgeschrieben und eine schwere Nervenerschütterung bescheinigt, obwohl er sich gar nicht krank gefühlt habe. Bei der Voruntersuchung wurde der Zeuge ebenfalls, wie er weiter erklärt, gezwungen, anzugeben, daß sein Instrument beschädigt worden sei und er selbst verletzt worden sei. Der Vertreter der polnischen Werkskämpfer will den Gegenbeweis antreten. In der Nachmittagsverhandlung des Mittwochs trat ein weiterer polnischer Zeuge auf, der dasselbe aufnahm wie der Musiker Wende. Es ist dies der Musiker Langer, der ebenfalls beim Kattowitzer polnischen Theaterorchester beschäftigt ist. Der Prozeß wird fortgesetzt.

Arbeitslose sollen nicht rauchen!

In unserem Kölner Bruderblatt „Sozialistische Republik“ berichtet Genosse Peter Stahl über ein Gespräch, das er mit dem Hauptmeister Scherzberg über die Pflichtarbeit hatte. Dabei sagte Jentzschmann Schwering, in bezug auf einen Pflichtarbeiter: „Mann raucht Zigaretten, was sagen Sie dazu, wenn ein Mann öffentliche Mittel verprascht?“

Genosse Stahl blieb diesem Schwering die entsprechende Antwort nicht schuldig. Es ist heute schon soweit gekommen, daß man Arbeitslosen schon das höchste Tabak noch nehmen will, das sie brauchen.

Arbeitslose, wehrt euch gegen die sozialdemokratischen Räuberbanden!

Neuer Millionenstandal in Berlin

Berlin, 9. Oktober. Unter der Überschrift „Neuer Millionenstandal“ schreibt das „Tempo“ u. a.: Heute erhalten wir Nachricht von einem Monopolschiff, das die Verkehrs-Aktien-Gesellschaft mit der Firma F. Butt & Co. in Lichtenberg betreibt. Sie hat das Monopol für die Lieferung von Material für Straßenbahnbauten, Riez, Schotter usw., aber auch für die Durchführung der Bauten. Wie ihr Vertrag mit der Verkehrs-Aktien-Gesellschaft lautet, darüber hüllen sich die beteiligten Stellen in strengstes Schweigen. Tatsache ist, daß alle anderen Firmen bei Lieferangeboten an die Verkehrs-Aktien-Gesellschaft immer dieselbe Antwort bekommen: „Wir arbeiten nur mit Butt & Co.“ Was den Standal in seiner vollen Größe beleuchtet, ist die Tatsache, daß die Firma nicht nur das Ausschließlichkeitsrecht hatte,

sondern daß direkt ihr zuliebe und um ihr Millionenverdienste zuzuschauen, überflüssige Straßenbahnarbeiten, Umbauten und Gleisanlagen, vorgenommen wurden.

Bei der Verkehrs-Aktien-Gesellschaft ist ein Herr Direktor Lüdicke; Geschäftsführer von Butt & Co. ist auch ein Herr Lüdicke, der Sohn des Verkehrsleiters. Die Firma Butt war bis vor zehn Jahren ein ganz unbedeutendes Haus, dem man kaum 10000 Mark kreditierte. Sie ist seit der Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt groß geworden. Heute gehört sie zu den reichsten Firmen der Branche. Vor kurzem hat die Stadt Butt & Co. noch einen besonderen Liebesdienst durch die Übernahme eines größeren Aktienpakets erwiesen.

Mag Sklarek badt aus

11. Berlin, 9. Oktober. Es wird gemeldet, daß Mag Sklarek heute seinem Verteidiger, dem Rechtsanwalt Dr. Punge, im Gefängnis erklärt habe:

„Meine Kunden vom Magistrat will man was? Da kann man gleich beim Oberbürgermeister Böß beginnen, dem ich für Tausende Waren geliefert habe.“

Mag Sklarek meinte ferner auf die Erklärung des Stadtbau- direktors Schmitt, er habe die Sklarek's nur ganz oberflächlich

gesehen, daß Schmitt wiederholt sein Jagdgast in Waren gewesen wäre und im vergangenen Jahre fünf Wochen hindurch in der Villa der Sklarek's in Waren gewohnt habe. Es könne daher von einer oberflächlichen Bekanntschaft wirklich keine Rede gewesen sein. Mag Sklarek behauptet im übrigen,

daß die Stadtbauverwaltung über die Unrechtheit der Bestellscheine vollkommen unterrichtet gewesen seien.

Er ließ durchblicken, daß er einen der Stadtbauverwaltung, mit dem er eng befreundet war, von seinen Geschäftsmethoden direkte Mitteilungen gemacht habe. Diese Angaben hat Mag Sklarek bei seiner heutigen Vernehmung wiederholt.

Die Forderungen der kommunistischen Fraktion

der Berliner Stadtverordnetenversammlung
Heute Donnerstag findet eine Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin statt. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion verlangt in einem Dringlichkeitsantrag den sofortigen Abbruch der Amerika-Reise des Oberbürgermeisters Böß, der Stadträte Benede, Mydal und Drigalski. In dem Antrag heißt es wörtlich:

„Die Stadtverordnetenversammlung soll beschließen, die betreffenden Personen sofort telegraphisch zurückzurufen.“

Ferner stellt die kommunistische Fraktion des Berliner Stadtparlaments die Anfrage, wo die 7 Millionen Mark geblieben sind, für die keine Deckung durch den Rest der Sklarek's vorhanden ist, da sich der Rest der Sklarek's auf höchstens 3 Millionen Mark beschränkt.

Da mit dem Sklarek-Skandal die Interessen der Armen der Armen, der vielen hunderttausend Wohlfahrtsempfänger, Kriegsschädigten, Sozial- und Kleinrentner verknüpft sind, die für die ihnen aufgezwungene Schandware der Sklarek's ihre letzten Groschen hergeben mußten, wird die kommunistische

Sozialdemokratische Arbeiter so werdet ihr belogen!

Die „Volkswacht“ vertuscht den Skandal in der Vertreterversammlung

Breslau, 10. Oktober.

Unser gestriger Artikel über den sozialdemokratischen Kampf in Breslau und die Prägellen in der Vertreterversammlung am Dienstag haben in der gesamten Breslauer Arbeiterschaft großes Aufsehen erregt. Was wird die „Volkswacht“ über den Skandal bringen, fragen sozialdemokratische Arbeiter und Keitler mit großer Spannung. Sie erwarten, daß das sozialdemokratische Blatt in unverkämelter Weise die Arbeiter belogen hat. Kein Wort bringt die „Volkswacht“ vom Mittwoch über die schwerwiegenden Vorwürfe, die von Arbeiter gegen den Vorgesetzten erhoben wurden. Kein Wort von den Angriffen Wierichs gegen Schramm. Nichts von dem in den Tagen vorher betäubenden Lärm und den Prägellen. Dafür nur die stereotypische Mitteilung, daß die Abänderungsvorschläge nach „lebhafter Diskussion“ abgelehnt und die Kandidatenliste gemäß den Vorschlägen der Funktionärerversammlung angenommen worden ist.

Sozialdemokratische Arbeiter, so werdet ihr belogen und irreführt. Die „Volkswacht“ vertuscht und vertuscht indessen nicht nur den Skandal in der Vertreterversammlung, sie belügt euch in allen politischen Fragen. Denkt an die Lügen des SPD-Blattes anlässlich des 1. Mai, denkt an die Vertuschung des Skandal-Standals, an die Hundsgemeinen Lügen über die „Abwehr“ der Angriffe auf das Arbeitslosenversicherungsgesetz durch den Schwindelartikel des „linken“ Kusthäuser. Erkennt, daß die „linken“ Sozialdemokraten noch gefährlichere Arbeiterbetrüger sind als die rechten. Mit einem Ball von Phrasen verbeden die „Linken“ ihre arbeiterfeindliche Haltung und verhindern den Abmarsch der empörten Arbeiter aus der Partei des Sozialfaschismus, des Arbeiterverrats und der Unkeulämpfe. Fort mit den kompromittierten Unkeulgliedern rechter und linker Couleur aus dem Stadtparlament! Unterstützt den Kommunalwahlkampf der SPD! Bereitet am 17. November den sozialdemokratischen Arbeiterbetrügern eine vernichtende Niederlage!

Zu unserem gestrigen Bericht sind einige durch Druckfehler notwendige Richtigstellungen nachzutragen. So mußte es heißen: „Rasch flieht aus dem Saal“ (nicht „liegt“) und „Eine „Genossin“ verfecht dem Holzarbeiter Sommer Dhrfeigen“ (nicht „Einer „Genossin“ verfecht der Holzarbeiter Sommer Dhrfeigen“).

Ausschluss Gabels

aus der kommunistischen Partei

Berlin, 10. Oktober. Die Bezirksleitung der KPD, Berlin-Brandenburg hat, nachdem bereits der Stadtrat Tegener aus der Partei ausgeschlossen worden war, namentlich auf Grund des Berichtes des Untersuchungsausschusses einstimmig beschlossen, auch Otto Gabel wegen unproletarischen Verhaltens aus der kommunistischen Partei auszuschließen.

Die anderen Parteien, voran die SPD, dröden nach wie vor die Korruptionsgefallen in ihren Reihen.

Sabibullah aus Kabul vertrieben

Moskau, 9. Oktober.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus Termez meldet, wurde Sabibullah gestern früh von den Truppen des Generals Nadir Khan, der Amanullah wieder auf den afghanischen Königsthron setzen will, unter Führung seines Bruders, Schah Wali Khan, besetzt. Sabibullah nahm Zuflucht in die Zitadelle der Stadt.

In Richtung auf Tschelatalabad wurden von General Nadir Khan starke Truppenkräfte entsandt, die sich dort den Soldaten Sabibullahs entgegenwerfen sollen.

Mietenerhöhung beschlossene Sache

Die Kommunisten stellen die Mietendurcher

(Sig. Ber.) Berlin, 9. Oktober.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages fand gestern eine Reihe von Steueranträgen auf der Tagesordnung. Gleichzeitig wurde über die bereits seit April dieses Jahres in Kraft befindlichen Notverordnungen über die Hauszins-, Gewerbe- und Grundvermögenssteuer eine formale, die Väterlichkeit des bürgerlichen Parlamentarismus charakterisierende Abstimmung durchgeführt.

Zur Hauszinssteuer stellte der Genosse Oberdörfer fest, daß aus einer Reihe von Presseäußerungen hervorgehe, daß die preussische Regierung eine Erhöhung der Mieten plant. Das veröffentlichte Dementi gibt lediglich zu verstehen, daß die Durchführung dieser Absicht bis nach den Kommunalwahlen verschoben werden soll. Auch die Pläne, welche bezüglich der Hauszinssteuer, ihre teilweise Verwandlung in eine Reichsteuer, bestehen, sind solcher Art, daß damit eine Erhöhung dieser schändlichsten und unsozialsten Steuer verbunden ist. Charakteristisch für die Verhaftung des Proletariats mit der Hauszinssteuer ist es, daß Berlin mit einem Zehntel der preussischen Bevölkerung ein Drittel der gesamten Hauszinssteuer in Preußen aufbringt. Genosse Oberdörfer verlangt von den Vertretern der Regierung eine klare Antwort auf die Frage, ob nach den Kommunalwahlen eine Erhöhung der Mieten geplant ist und fügt gleich

hinzü, daß eine Nichtbeantwortung der Frage einer Befragung gleichkommen würde.

Die anwesenden Regierungsvertreter sowohl des Finanzministeriums wie des Wohlfahrtsministeriums haben auf diese konkreten Fragen geschwiegen. Der Abgeordnete Kall von den Demokraten versuchte lebhaft mit einigen laien Wigen über die unangenehmen Fragen hinwegzuleiten. Die Haltung der Regierungsvertreter und der Koalitionsparteien zeigt deutlich, daß die preussische Koalitionsregierung tatsächlich eine Erhöhung der Mieten nach den Kommunalwahlen durchzuführen will.

Die Mieterhöhung ist beschlossene Sache, und die Regierung, mit dem Sozialdemokraten Braun an der Spitze, mag das nicht mehr zu bestreiten. Würde sie das tun, müßte sie jetzt lügen und nach den Wahlen diese Lüge eingestehen. Vor den Wahlen eine Mieterhöhung, das würde die Arbeiter in das Lager der Kommunisten treiben. Darum nach den Wahlen Mieterhöhung. Der Plan ist aber enthüllt. Nun gilt es, Abrechnung zu halten. Die Arbeiter müssen gegen die Preußen-Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten Braun und Gefährten Stellung nehmen und am 17. November durch die Wahl von Kommunisten Abrechnung halten. Die werktätigen Massen werden der Front der Mieterhöher von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten bei den Kommunalwahlen die erste Antwort geben müssen.

Eisenbahnunglück in Polen

7 Tote, 21 Verletzte

Warschau, 9. Oktober.

Am Mittwochmorgen hat sich auf der Station Sobolew bei Demblin ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Vermutlich infolge fahrten Reibens überfuhr ein Güterzug das Haltesignal und rief etwa 40 Meter weiter mit dem aus Lemberg kommenden Personenzug zusammen. Der Anprall war so heftig, daß beide Lokomotiven schwer beschädigt entgleiteten und mehrere Wagen des Personenzuges sowie fünf Wagen des Güterzuges vollkommen zertrümmert wurden, während zahlreiche andere Wagen schwer beschädigt wurden. Bei den sofort unternommenen Rettungsmaßnahmen wurden fünf Tote und 15 Schwerverletzte aus den Trümmern hervorgezogen. Weitere 15 Personen haben leichtere Wunden und Quetschungen davongetragen. Während der Fortschaffung sind zwei Schwerverletzte gestorben. Man befürchtet, daß sich die Zahl der Todesopfer noch erhöhen wird.

U. meldet dazu: Wirklichen Glauben könne man der Angelegenheit nur dann entgegenbringen, wenn Tausend seine Methoden unter voller Wahrung seiner Rechte einer ihm vom Gericht benannten Sachverständigenperson mitteile und es diesem Sachverständigen dann gelinge, auf Grund dieser Angaben einwandfrei Gold herzustellen.

Vom Tage

Die Besprechungen zwischen dem Präsidenten Hoover und Macdonald fanden gestern ihren Abschluß. Die Genannten geben eine gemeinsame Erklärung heraus, auf deren Inhalt und Bedeutung wir noch zurückkommen werden.

Aus den Stellungnahmen der Pariser Blätter zur Flottenkonferenz einladung geht hervor, daß Frankreich die Einladung annehmen werde. Zur U-Boot-Frage erklärt der „Geflügel“, Frankreich werde sich nicht seiner Hauptverteidigungswaffe berauben lassen.

Der afghanische Gesandte in London ist auf Ersuchen des Außenministers Henderson aus England ausgewiesen worden.

Die japanische Regierung will vor der Beantwortung der Einladung zur Teilnahme an der Fünfmächtekonferenz versuchen, eine weitgehende Berücksichtigung ihrer Forderungen zu erreichen.

Der rumänische Ministerpräsident Maniu schlug auf der Sitzung der Nationalversammlung das Mitglied des Obersten Gerichtshofes, Konstantin Sarafianu, zum Regenten an Stelle des verstorbenen Regenten Buzdugan vor.

Gold aus P'ei?

München, 10. Oktober. Gegenwärtig schwebt in München gegen einen gewissen Tausend ein Betrugsprozeß. Tausend hat verschiedene Personen angeheben, daß er verstehe, aus Blei Gold zu machen und unter diesem Vorwand größere Geldbeträge erhalten. Im Laufe der Voruntersuchung wurde dem Tausend Gelegenheit gegeben, die Richtigkeit seiner Entdeckungen zu erproben. Die Versuche fanden im Hauptmünzamt unter schärfster Kontrolle statt. Am Schluß der Versuche übergab Tausend einen Edelmetallern im Gewicht von nicht ganz einem Zehntel Gramm, der zweifelloos aus reinem Golde besteht. Der Kern ist aus einer Bleiprobe im Gewicht von 1,67 Gramm ausgeschmolzen. Die Sachverständigen bezeichnen das Ergebnis als überraschend günstig und den bisherigen Erfahrungen der Wissenschaft widersprechend. Es sind weitere Versuche unter noch strengerer Bewachung in Aussicht genommen.

In jeder Zelle muß zu der Werbekampagne! sofort Stellung genommen werden!

ANNA IVAN OLBRACHT

Das Mädchen vom Lande

DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 23

Anna hatte blaue Augen wie große Saphire. Ueber ihrem Haupt stand ein Heiligenschein. Ihre Hand bewegte sich weich, und die Spitzen ihrer Finger liebten die Nadel. Jrgendwo in der Versammlung mordeten sie inzwischen seinen Vater.
„Was werden sie jetzt tun?“
Sie konnte sich nicht daran gewöhnen, den Jüngling zu duzen.
„Ich weiß es nicht, Genossin Anna.“
Jemand ging über den Flur, langsam und schwer, als ob er eine Last trage.
„Gern, und spiel nicht bawern, Lausehuh!“ schrie die Tischmann nebenan.

Zoni ist ein guter Genosse. Er wird den Vater durch Kopfschläge erledigen. Er wird die Arbeit gut verrichten, da ist kein Zweifel. Zoni und Anna, das sind ganze Kerle. Alles in ihnen ist klar, sie wollen nie. Sie wüßten immer, was sie tun sollten. Sie sind nicht tragisch, niemand von den Genossen ist tragisch, nur er, der junge Zondal, wagt, nur er ist zerbrochen und traurig. Niemand wird ihn verstehen und niemand wird ihm helfen. Er ist ihnen emb. Sie nehmen ihn auf, beraten sich mit ihm, und glauben ihm. Wer sie halten ihn nicht für zu ihnen gehörig. Anna, die heilige Anna, die er heimlich liebt, wird ihn bedauern, ihm den Kopf mit so weichen Händen streicheln, wie keine Geliebte es könnte. Aber sie hat zu ihm noch nie freiwillig „du“ gesagt, wie es sonst unter Genossen selbstverständlich ist. Das ist das Fürchtbarste von allem. Die, die er liebt, denen er das Leben weicht, denen er heute den Vater ausgeliefert hat, nehmen ihn nicht als den ihren auf. Er

Auf dem Flur tönen Schritte zur Wasserleitung hin. Das Wasser schlägt gegen den Boden des Blechtopfes. Bei Klavans hat sich die Tür geöffnet. „Komm her,“ ruft die Genossin Tischmann mit hoher Stimme. Die Geräusche brechen sich an der Glasglocke der Aufzumppe.

Der Student ist aufgestanden und geht an Zonis Bücherregal. Er zieht ein Buch hervor, setzt sich, und versucht zu lesen.

„Sie jagen mir, wenn Sie schlafen gehen wollen?“

„Ich warte auf Zoni.“

Der junge Zondal nickt. Er versucht zu lesen. Es ist unmöglich. Aber es ist weniger quälend, ruhig zu sitzen und so zu tun, als ob man ins Buch vertieft sei, als vor sich hinzustieren und Sätze auszubedenken, die unwahr sind. Von Zeit zu Zeit muß mag allerdings umblättern, und das macht die Vertiefung so erniedrigend.

Was will er eigentlich hier? Ist es ihm denn eine Erleichterung, daß Anna in greifbarer Nähe ist, daß er seine Augen auf dem Heiligenschein über ihrem Haupte ruhen lassen kann, und ihre rötlichen Finger betrachten darf, die mit der Nadel spielen? Die Nadel entbrennt von Zeit zu Zeit wie von einem Feuer, das aus Annas Herzblut in sie gedrungen ist.

Ja, es ist ihm eine Erleichterung.

Zoni kommt zurück. Viel früher, als sie ihn erwartet haben. „Zoni,“ ruft Anna, und ein Strahl von Freude dringt in ihre Wangen. Dem Studenten schlägt das Herz, und er heftet einen angstvollen Blick auf den Mund des Genossen.

„Er ist nicht gekommen,“ sagte Zoni.

„Er ist nicht gekommen?“

Diese Worte erfüllen das Innere des Studenten. Das Herz schlägt ihm heftig, aber anders, als vor einer Sekunde. Es schlägt vor Erleichterung, weil die Hinrichtung um einige Stunden verschoben wurde.

„Gib's was zu essen, Anna?“ fragte Zoni.

„Dort ist Kaffee.“

„Gib's kein Brot?“

Anna schaut den Mann wehmütig an. Nein, es gibt kein Brot. In aller Herrgottsruhe, bevor Zoni zur Arbeit ging, war ein arbeitsloser Genosse hier, und Zoni hatte ihm den letzten Bierleib Brot und den letzten Speck gegeben. Geld gibt's auch kein.

Zoni hatte sich die letzte Mark von Anna gestern ausgeliehen, weil für eine Zeitschrift gesammelt wurde. Was er übriggehabt hat, das hat er vorher in den Telephonautomaten geworfen. Vorgestern hat man für das Begräbnis des Genossen Kreibaus gesammelt, den eine Eisenplatte erschlagen hat, und erst morgen ist Lobntag. Es gibt auch nicht mehr viel Kaffee. Zondal hat schon eine große Tasse bekommen. Er wäre froh gewesen, wenn er sie hätte stehen lassen können. Ihm war nicht nach essen zumute. Der Kaffee war schlecht. Aber er wollte Anna nicht beleidigen.

Zoni trank Kaffee.

„Was war auf der Versammlung?“ fragte der Student zaghaft. „Man hat über die allgemeine Lage gesprochen, — nichts Besonderes.“

Dann gingen sie schlafen. Zoni und Anna ins Bett, der Student schlief auf einem Strohsack auf der Erde.

In dieser Nacht wurde ein junger Proletarier geboren. Der junge Zondal schlief erst im Morgengrauen ein. Ein Geräusch und das Licht der Lampe weckten ihn aus dem ersten Schlaf. Zoni zog eilig die Hosen an. Anna lag auf dem Bett. Ihre blauen Augen waren zur Rede gerichtet, die Zähne in die Lippen gebissen. Sie atmete schwer. Speichel lief ihr zum Kinn herab.

„Bleib eine Weile bei mir,“ sagte Zoni, und ließ davon. Der Jüngling zog sich schnell an. Er stahl sich, bloß barfuß, auf den Fußspitzen zu Annas Bett, so still, ganz still, als ob jeder Lärm und jeder unehrerbietige Schritt eine Entweihung wäre. Er blieb zu ihren Füßen stehen und blickte sie mit andächtiger Angst an. Anna litt. Ihre Augen waren geschlossen, und ihre Oberzähne gruben sich immer tiefer in die Lippen. Die Hände krallten sich in das Bettzeug, und jeder Atemzug war ein leiser Seufzer, der nicht gehört werden sollte. Ahnte Anna, daß er bei ihr war? Es war gut, daß sie es nicht ahnte. Annas Leiden, die sich mit den feinen vermeigten, erfüllten ihn mit großem Schmerz. Er wollte an ihrem Bett niederknien und seinen Kopf in die Rippen vergraben. Aber Anna hat mit leiser Stimme, ohne die Augen zu öffnen:

„Bitte, gehe Sie hinaus, ich schäme mich vor Ihnen.“

(Fortsetzung folgt.)

Seitdem... für Oberlehrer... überlügen Inhalt Alfred Schöma, Breslau.

Aus dem Sklarek-Sumpf

Deutschnationale und Halentkruizer mitbeteiligt — Abgeordneter Pfarrer Wolf aus Ratibor OS. unter den Sklarek-Gästen

Die „Rote Fahne“ setzt ihre Enthüllungen fort. Wir veröffentlichen aus dem umfangreichen Material nachstehenden Auszug:

Der Korruptionsfall des Hauses Sklarek und des Berliner Magistrats wäre nicht vollständig, wenn nicht auch die Deutschnationalen, die Halentkruizer und die Deutsche Volkspartei ein paar gute Pferde im Rennen hätten. Die Rechte hat sich zu früh gefreut. Wir haben ja gleich gesagt, nur nicht drängeln, es kommen noch alle dran.

Nehmen wir den Scheinbar am stärksten Korruptersten gleich vorne weg: der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bruhn, Mitglied des deutschnationalen Parteivorstandes — eine prominente politische Persönlichkeit. Wir erinnern uns, daß der deutschnationale Stadtverordnete W. C. L. vor einigen Tagen im Rathaus von den „sauberen“ Zuständen wilhelminischer Aera erzählt hat. Also das heißt folgenbermaßen aus:

Dieser deutschnationale Reichstagsabgeordnete ist seit langen Jahren nicht nur ein wüthender Antisemit, sondern auch ein treuer Blutsfreund der drei „jüdischen“ Brüder Sklarek. Wir berichteten bereits vor einigen Tagen, daß es auffällig war, wenn ausgeredet die Zeitschrift des Herrn Bruhn, „Die Wahrheit“, bis in die letzte Zeit hinein

ganzseitige Inseratenaufträge von den Sklareks

bekam. Wir können diese interessante Feststellung heute um einige wichtige Tatsachen ergänzen. Mit der Inflationzeit war die „Wahrheit“ so ziemlich pleite gegangen. Aber die Sklareks erwiesen sich als Retter aus deutschnationaler Not. Die

Sklareks zahlten wiederholt große Summen an Bruhn,

um eine Fanfare der Deutschnationalen Partei vor dem ruhmlosen Erlöschen zu bewahren. Geld stinkt bei den Sozialdemokraten so wenig wie bei den Deutschnationalen — auch wenn es von Juden kommt. Daß Bruhn der

bestangezogene Mann im Reichstag

war, seine Anzüge von Sklareks bekam, ist bei diesen Beziehungen eigentlich selbstverständlich.

Bruhn besoffen aus der RWG. abgeschleppt

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bruhn hatte den seltensten Mut, alle persönlichen Beziehungen zu Sklarek zu streifen. Wir stellen fest: Dieses prominente Mitglied des deutschnationalen Parteivorstandes wurde nicht einmal, sondern wiederholt in total besoffenem Zustand morgens aus der Sklarekschen RWG. in der Kommandantenstraße im Auto von seinem Personal abgeholt. Ebenso wurde Bruhn oft genug aus einem Lokal Hermann in der Hornstraße, in dem, wie wir noch an anderer Stelle berichten, die Sklareks mit ihren Freunden die Nächte durch saßen und grölten, morgens besoffen nach Hause gebracht.

Als den Sklareks der Vertragsablauf drohte, war es der deutschnationale Bruhn, der seine Funktion als Reichstagsabgeordneter dazu benutzte, um die Sklareks allen möglichen Persönlichkeiten vorzustellen. Er propagierte auf das heftigste

eine Verlängerung der Sklarekschen Tarifverträge.

Die Korruptionsnachtöpfe der Halentkruizer

Die Böllischen haben geglaubt, den „Jüdischen Sklarek-Standal“ für sich erfolgreich verwerten zu können. Die Böllischen lieben es ja, sich den Anschein zu geben, als wenn sie daran interessiert wären, die kapitalistische Gesellschaft und ihre Korruptionsercheinungen zu bekämpfen. Sie sind in der Praxis nicht um ein Haar besser wie die anderen. Wir stellen für heute eine kleine Anfrage, die sich mit dem Stadtverordneten Honette, dem Mitglied der Sozialistischen Partei (Knüppel-Kunze, Böllisch) beschäftigt. Wir möchten gern wissen, ob es wahr ist, daß dieser saubere Halentkruizer als Stadtverordneter Geschäfte mit der Stadt Berlin macht, indem er die ihm als Stadtverordneter zugänglichen Aktien benutzt, um sich

Kenntnisse zu verschaffen, die er geschäftsmäßig für sich verwendet?

Der Halentkruizer Honette soll selbst erzählt haben, daß er an einem Geschäft mit Nachtköpfen für die Stadt Berlin nicht weniger als 2000 Mark Provision

verdient hat. „Wie machen Sie das eigentlich?“ wurde er gefragt.

„Ach — ich bin doch Stadtverordneter, da kriegt ich aus den Kommissionen die Angebote und dann bin ich eben immer einfach einen Pfennig billiger.“

Deutschnationaler Stadtverordneter gibt 3 Tage vor der Verhaftung den Sklareks ein Festessen

Die Entrüstungsrede der deutschnationalen Stadtverordneten, die sie jetzt in Wahlversammlungen über den Fall Sklarek loslassen, sind nichts als Heuchelei. Für die Verbindungen der Deutschnationalen mit dem Sklarek-Sumpf liegt uns außer den bereits veröffentlichten Tatsachen noch eine Fülle von Material vor, das zurzeit von uns noch nachgeprüft wird. Wir werden ihnen nichts davon schenken! Aber für heute stellen wir die Frage: Stimmt es, daß die Sklareks am 21. oder 23. September (am 28. erfolgte die Entdeckung des Skandals) bei einem deutschnationalen Stadtverordneten zu einem Festessen, das ihnen dieser gegeben hatte, gewesen sind? Stimmt es, daß es sich hierbei um den berüchtigten deutschnationalen Stadtverordneten K. i. m. B. L., der immer noch Postkammermeister ist, handelt? Bitte, Herr Bürgermeister Scholz, legen Sie diese Korruptionsangelegenheit gleichfalls zu der Frage der stinkenden Nachtköpfe.

Deutschnationale Priesterweihe in der Seftvilla

Die „Rote Fahne“ berichtete am 1. Oktober, daß in einem Lokal in der Behrenstraße erst vor kurzer Zeit mit den Sklareks eine feuchtfröhliche Sitzung stattgefunden hat, an der eine Anzahl prominenter Persönlichkeiten beteiligt war. Der von uns ebenfalls in diesem

Zusammenhang genannte Obermagistratsrat Schallbach teilt uns mit, daß er dabei nicht anwesend war. Wir haben festgestellt, daß das stimmt. Aber wer war an seiner Stelle dabei? Kein Geringerer als

der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Edgar Wolf, Pfarrer und Priester aus Ratibor

Wir stellen also fest, daß bei dieser Kneipe anwesend waren: Direktor Schmidt von der Stadtbank, SPD-Obermagistratsrat Dr. Klemenz, SPD-Verkehrsdirektor Drolat, zwei Gebrüder Sklarek, dito SPD, und der deutschnationale Priester und Reichstagsabgeordnete Wolf. Wir können weiter mitteilen, daß Drolat bereits die Tatsache dieser Kneipe mit den Sklareks und dem deutschnationalen Pfaffen zugegeben hat. Eine feine korrupte Bande! Das Blut kommt einem bei diesem Pack hoch...

Außerdem ist der deutschnationale Priester Wolf, genau so wie die anderen Freunde Sklareks, zu Besuch in der Seftvilla Waren gewesen und hat dort Dinge angestellt, deren Veröffentlichung wir uns für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten. Der Stadtverordnete

Benede von der Deutschen Volkspartei

hat nicht nur an Berliner Gelagen teilgenommen, sondern besuchte ebenfalls des öfteren die seltsamen Champagnergelände der Sklarekschen Residenz in Meddensburg. Sie alle trennen nichts mehr auf dem Sumpfniveau des Saufens, der Schweinereien, der Schiebergeschäfte und der gemeinsamen Korruption. Da trafen sie sich und da fühlten sie sich — Sau—wohl!

Die Kundenliste

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin veröffentlicht nachstehende Kundenliste der Sklareks, die, wie die „Rote Fahne“ feststellt, unvollständig ist. Es fehlen eine Anzahl Freunde Sklareks.

„Die Kundenliste der beiden Kladden umfaßt die folgenden Namen höherer Beamter und Angestellter: Stadtbaurat Dr. Adler (Zentrum), Stadtrat Benede (Volkspartei), Stadtrat Gabel, Stadtschulrat Nybahl (SPD), Stadtrat Dr. Treitel (SPD), Bürgermeister Kohl (SPD), Bürgermeister Schneider (SPD), Stadtrat Gottschalk, Stadtrat Gültig, Stadtrat Radtke (SPD), Stadtrat Weber, Verwaltungsdirektor Dymow, Verwaltungsdirektor Suder, Direktor Bralatt (SPD), Obermagistratsrat Schallbach (Volkspartei), Obermagistratsrat Kunowitsch, Stadtschulrat Sokolowsky sowie die Herren Liebert (SPD) und Heinrich von der RWG. Außerdem hat ein Herr Böß jun. (Demokrat) ein Konto.“

Der Sklarekbelag der Frau Bürgermeister

4000 Mark Wert mit 400 Mark in Rechnung gestellt — und nicht bezahlt

Die „B. Z.“ verbreitet auch die Nachricht, daß der Buchhalter Lehmann seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Puppe, heute erklärt habe, er wüünsche noch weitere Angaben über seine vorgelegten Aussagen hinaus zu machen.

Er erklärte, daß im vorigen Winter von der Firma Sklarek der Frau Oberbürgermeister Böß ein Pelzmantel geliefert worden sei. Dieser Pelzmantel sei mit einer Rechnung über 4000 Mark ins Haus gesandt worden, die Firma Sklarek habe den Pelzmantel in einem renommierten Pelzgeschäft für 4000 Mark gekauft. Die Rechnung über 4000 Mark sei noch nicht bezahlt worden. Das genannte Berliner Blatt fügt hinzu: „Unsere Erkundigungen haben ergeben, daß die Wichtigkeit dieser Aussage niemals aus den beschlagnahmen Büchern festgestellt werden konnte.“ Die Vernehmung der Brüder Sklarek ist heute fortgesetzt worden. Lehmanns Aussagen sind weiter schwer belastend für die Brüder.

Selbst die demokratische Presse läßt den schwer kompromittierten Bürgermeister fallen und kündigt eine „Böß-Krise“ an.

Die unmittelbare Verknüpfung des Spitzenapparates der SPD und der Gewerkschaften mit dem Finanzkapital und dem von ihm beherrschten Staat liefert die sozialökonomische Erklärung für die arbeiterfeindliche Politik der Reformisten. Die Kapitalisten haben mit

Erfolg verstanden, „auf unzähligen indirekten und direkten, offenen und versteckten Wegen“ die sozialdemokratischen Führer und Organisationen mit Erfolg aufzulösen und sie dem System imperialistischer Machtpolitik nach außen und innen einzugliedern. Gerade der jetzt in Berlin zum Ausbruch getommene Sklarek-Standal gibt uns einen Einblick, wie auf dem Boden der Verflüchtigung zwischen Sozialdemokratie und Staatsapparat die Sumpfschlacken sozialfaschistischer Theorie und Praxis ihre Wurzeln schlagen. Ungestraft sucht man den Skandal abzugrenzen, ihn als eine Sondererscheinung hinzustellen, keine Verbindung zwischen der staatsbehaltenden Einstellung der Sozialdemokratie und ihren Ursachen zuzulassen. Und doch kann man diesen ganzen Knabbaratsch von Korruption, Bestechung und staatlich legalisiertem Spekulantentum auf eine einfache Formel bringen:

Kraft der tausendfältig privilegierten Stellung sozialdemokratischer Führer in Staat und Kommunen werden die Brüden zur Korruption und Bestechung geschlagen. Deshalb auch der widerliche Elitenkampf hinter und rechter SPD-Führer um Mandate und Stadtratsstellen. Die kapitalistischen Spekulanten und Profitjäger vom Schlage der Sklarek lassen sich für ihre Privilegierung nicht lumpen. Es ist ein gegenseitiges Geschäft. Finanzhilfe für das Berliner Reichsbanner, horrenden Summen für reformistische und bürgerliche Staatsprinzenbesitzer, die den Sklareks den Weg ebneten, sind der Preis dafür, daß sie „ins Geschäft lämen“. Der Fall Sklarek ist kein Einzelfall. Noch ist die Darmatade in aller Erinnerung. An den Geschäften der Darmatade waren nicht nur einzelne reformistische Führer (der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Heilmann war Generalsekretär des Darmat-Unternehmens), sondern reformistische Organisationen in corpore beteiligt, indem ihnen riesenhafte Geldspenden, Finanzhilfen für Zeitungen und Kongresse zufließen aus den Händen jener, die von den sozialdemokratischen Staatsfunktionären protegert worden waren.

Verflüchtigung der reformistischen Bürokratie mit dem Staatsapparat als der Quelle unerhörter Bereicherung, Verflechtung nicht nur einzelner Führer, sondern ganzer reformistischer Organisationen mit dem Finanzkapital, das ist die Erklärung dafür, daß die sozialdemokratischen Führer nur einen Feind kennen, die soziale Revolution und die kommunistische Umsturzpartei, und daß sie sich nur einer Aufgabe mit ihrem ganzen Einfluß widmen, der Verteidigung des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn die sozialdemokratischen Führer mit der Verteidigung dieses Staates Reformeinträge beziehen, wenn ihnen ihre Beziehungen zu den Kapitalisten ungeheure Provisionen sichern, wenn beispielsweise die reformistische Arbeiterband mit mehr denn 100 Millionen Sparkapital der Arbeiter und Angestellten das Privatkapital finanziert und mit ihm verflochten ist, dann versteht jeder Arbeiter, daß für diese Führer die „soziale Frage“ gelöst ist. Da gibt es keine Klassengrenzen mehr, sondern nur noch taktische Differenzen zwischen der Bourgeoisie und den reformistischen Agenten, da bedeutet der Sieg der proletarischen Revolution und der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung ipso facto das Ende der reformistischen Pfändnerherrschaft.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung gilt es darum zu bekämpfen mit allen Mitteln. Das angekündigte Seeringische Republikanschlußgeheiß, die Faschisierung des Staatsapparates gegen die Arbeiter, die Förderung der faschistischen Bewegung durch die Volkswacht und Co., das sind dann selbstverständliche, dem sozialfaschistischen Rüstungsarsenal zugehörige Waffen. Dann müssen aber die sozialdemokratischen Arbeiter auch verstehen, warum das Proletariat und seine revolutionäre kommunistische Partei gegen die Bourgeoisie nicht erfolgreich kämpfen können, wenn nicht mit gleicher Schärfe die Waffe gegen die reformistischen Führer gerichtet wird; denn sie sind die stärksten Bundesstruppen der herrschenden Klasse. Sie sind es, die bisher noch erfolgreich die revolutionäre Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu verhindern wußten und einen Teil der Arbeiterklasse durch eine Schlammflut von Lügen und Verleumdungen an den Siegeswagen der Bourgeoisie ketten konnten.

Wägen die sozialdemokratischen Arbeiter daraus die Lehre ziehen. Sie, soweit sie nicht Pfändnenamwärter in Staat und Wirtschaft sind, haben nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen, wenn sie an der Seite der kommunistischen Klassenkameraden für den Sturz dieser Darmat- und Sklarek-Ordnung kämpfen.

Reichswehrdelegierte auf der Industriellentagung

Hohe Offiziere des Reichswehrministeriums und des 6. Wehrkreis-Commandos empfangen Ihre Instruktionen

Wir sind in der Lage, der Arbeiterschaft die aufsehenerregende Mitteilung zu machen, daß auf der kürzlich in Düsseldorf stattgefundenen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie nicht nur eine Reihe von Vertretern der verschiedenen Behörden teilgenommen hat, sondern sogar die höchsten Stellen der Reichswehr. Vom Reichswehrministerium aus Berlin waren ein Generalleutnant, ein Oberst, drei Oberstleutnants, ein Vizewasiral und ein Fregattenkapitän eigens zu der Tagung nach Düsseldorf gereist. Außerdem nahmen an der Tagung die höchsten Offiziere des Wehrkreis-Commandos VI in Münster an den Beratungen teil, und zwar der Kommandant und Generalleutnant des Wehrkreis-Commandos, der Stabschef, ein Oberstleutnant, zwei Majore, ein Rittmeister und ein Korvettenkapitän.

Was hat es für eine Bewandnis damit, daß die Spitzen der Reichswehr offiziell zum Kongreß der Industriellen delegiert wurden? Für die Schwerindustrie und das Finanzkapital, die auf ihrem Kongreß die Politik der deutschen Bourgeoisie festlegten, ist die Zusammenarbeit mit ihrer stärksten Waffe, der bewaffneten Macht, von lebenswichtiger Bedeutung. Die Reichswehr muß über alle Schritte und Pläne des Kapitals, das augenblicklich die gesamten Kosten des Young-Planes mit Hilfe der Sozialdemokratie auf die Schultern der Werktätigen überwälzt, und die Vorbereitungen zum Interventionenkrieg gegen die Sowjetunion in der Hand hat.

fortführt, genauestens informiert sein, damit sie jederzeit gegen den inneren Feind und gegen die Sowjetunion auf dem Posten sein kann. In der gegenwärtigen Periode der unmittelbaren Vorbereitungen zum Interventionenkrieg gegen die Sowjetunion und des revolutionären Aufschwungs ist die Bourgeoisie gezwungen, immer stärker die unmittelbare Herrschaftsgewalt in die Hände zu nehmen. Die Anwesenheit von Reichswehrspitzen auf der Industriellentagung ist ein klarer Zeichen für diese Entwicklung.

Daß die Industriellen der Reichswehr Instruktionen und Marschrouten diktiert — dieser Vorfall beweist nur von neuem diese von der kommunistischen Partei stets festgestellte Tatsache — zerlegt auch die läugerische Demagogie der Sozialdemokratie über eine mögliche „Demokratisierung“ und „Republikantisierung“ der deutschen Reichswehr.

Die revolutionäre Arbeiterschaft muß dadurch nur noch stärker angepoont werden, in allen Betrieben und Werkstätten den konterrevolutionären Charakter der Reichswehr allen Werktätigen klarzumachen und diese an Hand der konkreten Beispiele in proletarischer Weise zum Kampf gegen die Machsinstrumente der Bourgeoisie, die zur Niederhaltung des inneren Feindes und zur Vorbereitung des

Das Severing'sche Verbanngsgesetz

Der sozialistische Innenminister, der kleine Metallarbeiter Severing, hat den neuen Entwurf des Republikshutzgesetzes jetzt eingebracht und ergreift gleichzeitig zur Rechtfertigung des sozialfaschistischen Schandgesetzes die Feder, um in der sozialdemokratischen Presse einen Artikel über dieses Gesetz loszulassen. In diesem Artikel wendet Severing die alte bisher bekannte Methode an, die Arbeiter irreführen und sie über den Sinn des Gesetzes, wenn auch nicht im Unklaren zu lassen, so doch Verwirrung anzustellen. So erklärt Severing auch jetzt wieder, daß sich dieses Gesetz in erster Linie gegen die rechts-aktivistischen Kreise richtet, gegen jene Kreise, die die Bombenattentate durchgeführt haben. Severing erklärt, von allen Seiten sei der Reichsregierung empfohlen worden, ein neues Republikshutzgesetz nicht so eilfertig einzubringen.

von den bedrohlichen Paragraphen des Republikshutzgesetzes nicht getroffen.

Die Arbeiterschaft begreift sehr gut, daß der Sozialdemokrat Severing mit diesem Republikshutzgesetz einen

welteren Schritt auf dem Wege der Faschisierung des Staatsapparats

durchführt, wie dieses Gesetz gleichzeitig einen weiteren Schritt vorwärts auf dem Wege zur Errichtung der Diktatur gegen das Proletariat bedeutet.

Die Arbeiterschaft muß die Einbringung dieses verhassten Gesetzes im Zusammenhang mit den gesamten politischen Vorgängen, insbesondere mit dem immer frecheren Auftreten der Faschisten, be-

trachten. In allen Teilen des Reiches wächst der Faschismus, befeuert und gefördert von der republikanischen Staatsmacht, an. Kein Tag vergeht ohne ein oder mehrere Mordbanden oder Mordbanditen von Faschisten auf revolutionäre Arbeiter. Während die faschistischen Banditen aber ungehindert ihre Morbtätigkeit ausüben können, erläßt der Sozialdemokrat Orzeszinski einen Ertrag gegen die Bildung proletarischer Abwehrorganisations gegen die Mordbanden.

Wenn die Arbeiterschaft diese Maßnahmen im Zusammenhang sieht, wird sie auch begreifen, daß es die ernsteste Verpflichtung der gesamten proletarischen Klasse ist, gegen diese Maßnahmen mit der stärksten Entschlossenheit Front zu machen. Die Arbeiterklasse wird sich durch die Verschärfung der Klassenjustiz der Kapitalisten nicht abspalten lassen, ihren Kampf gegen den Unternehmerterror, gegen das Mordbanditentum der Faschisten und gegen den Terror des kapitalistischen Staatsapparats zu führen.

Die Antwort des Proletariats wird die Entfaltung proletarischer Massen kämpfe, die Ausrottung breiterer Kämpfe an der Wirtschaftsfrent sein. Die erste entscheidende Antwort muß die Bildung von Hunderten und Tausenden proletarischen antifaschistischen Wehrorganisationen sowie proletarischer Selbstschutzorgane in Betrieben und Wohngebieten sein.

Am Stresemanns Nachfolge

SPD. entschlossen, im Interesse der Koalitionspolitik, den Raubzug an den Werttägigen noch brutaler weiter zu führen

Der Streit um die Nachfolge Stresemanns im Außenministerium wird nun hinter den Kulissen sowie in der Öffentlichkeit der Presse mit äußerster Schärfe geführt. Er rollt mit einem Schläge die Differenzen innerhalb der Koalition auf und hat dazu beigetragen, diese Gegensätze zu verstärken. Der demokratische Parteitag, der unter dem unmittelbaren Eindruck von Stresemanns Tod stand, zeigte bereits einen starken Rück nach rechts, der besonders in der Rede Koch zum Ausdruck kam. Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ wirft sogar im Zusammenhang mit dem Bericht über den Parteitag in Mannheim die Frage auf, ob eine demokratische Partei in Deutschland notwendig, und ob sie in der gegenwärtigen Situation möglich sei, und stellt schon fest, daß der Parteitag bedeutende Anstrengungen macht, diese Frage zu bejahen.

Für das Zentrum hat Bräntel Haas, der vielfach als Nachfolger Stresemanns genannt wird, eine Erklärung abgegeben, daß er auf einen Ministerposten verzichte, fügt jedoch hinzu, daß die Zentrumspartei auf dem Recht bestehen müsse, vor der definitiven Besetzung des Außenministerpostens „sachlich“ gehört zu werden.

Die Deutsche Volkspartei bemüht den Streit, der sich um die Nachfolge Stresemanns entsponnen hat, um die Sozialdemokratische Partei in dem von ihr eingeschlagenen sozialfaschistischen Kurs zu befestigen und anzuleitern. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 8. Oktober ergeht sich in folgender scharfer Sprache:

„Das heutige Kabinett leidet, nachdem ihm seine stärkste geistige Potenz geraubt ist, an einem Uebermaß von Unschlüssigkeit und Passivität. Wenn die Haager Schlußkonferenz abgelaufen sein wird — was wir allerdings nur dann überhaupt für möglich halten, wenn vorher die Saarfrage im deutschen Sinne entschieden ist — treten naturgemäß die finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme in den Vordergrund. Diesen Fragen gegenüber hat sich die Reichsregierung bisher als vollkommen ratlos erwiesen.“

Das ist die offene Forderung an die Sozialdemokratie, nach der endgültigen Annahme des Young-Planes, die bereits von der Koalitionsregierung eingeschlagene und durch Geheimpakte mit den maßgebenden Stellen der Industrie festgelegte Politik der Ueberwälzung der gesamten Lasten aus dem Young-Plan auf die Schultern der Werttägigen, die den weiteren Abbau der Sozialversicherung, Ein-

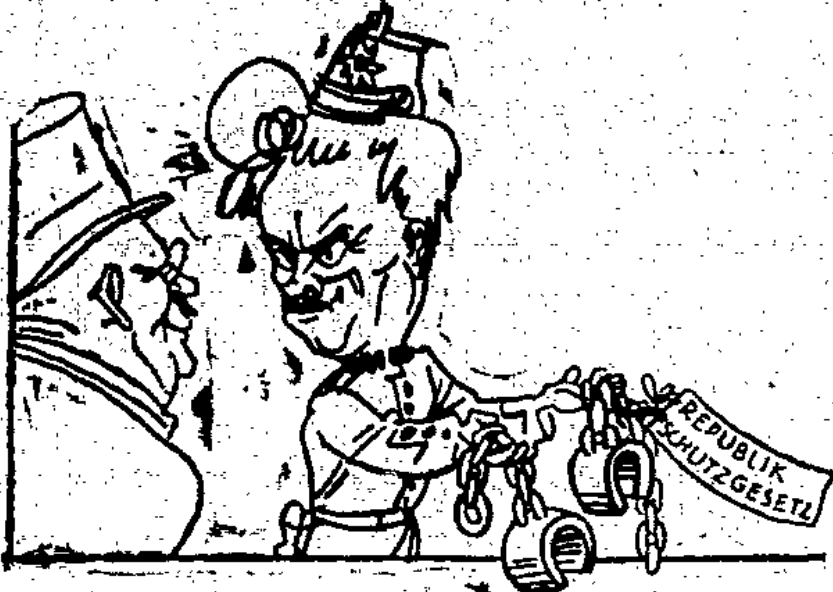
führung von Verbrauchs- und Massensteuern und Senkung der Besteuern noch brutaler und rücksichtsloser durchzuführen.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie in diesem Kampf zeigt, daß diese um jeden Preis an den Ministerposten festzuhalten entschlossen und diese Raubpolitik aktiv durchzuführen gewillt ist. Der Sozialdemokratische Pressedienst gibt daher folgende Erklärung ab:

„Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß vor der definitiven Ernennung des Außenministers die an der Regierung beteiligten Parteien zu Rate gezogen werden. Indessen hat man den Eindruck, als ob das den Kritikern nicht völlig genüge. Es ist ihnen offenbar vielmehr darum zu tun, bei dieser Gelegenheit eine Umbildung des gesamten Kabinetts herbeizuführen und den einen oder anderen Minister, der ihnen nicht gefällt, abzulösen oder aber zumindest auf einen anderen Posten zu schieben. Es wird gut sein, von vornherein klarzustellen, daß die Sozialdemokratie solchen Bestrebungen von vornherein abgeneigt ist. Sie denkt nicht daran, irgendwelchem Drängen nachzugeben und einen ihrer Vertreter im Kabinett zu opfern, selbst wenn man ihr dafür ein anderes Ressort zur Verfügung stellen wollte. (!) Ganz abgesehen davon, daß nach ihrer Ansicht jeder ihrer vier Minister den Ansprüchen genügt, die sie zu stellen hat, würde sie es für verhängnisvoll halten, wenn in diesem Augenblick eine Regierungskrise — und auf eine solche würde jeder Versuch einer Umgruppierung hinauslaufen — ohne Not heraufbeschworen würde.“

Das ist ein klarer Hinweis darauf, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, ihre beiden am stärksten kompromittierten Kabinettsminister Hilsbrunn, der dem Trustkapital Millionenengpässe an Steuern, die durch Massen- und Verbrauchssteuern aus den Werttägigen herausgepreßt werden sollen, gemacht hat, sowie Bissell, der den Raubplan an den Erwerbslosen ausgearbeitet hat, auch weiterhin zu halten und deren Raubpolitik auch zukünftig in verstärktem Maße fortzusetzen.

Gegen diese Hungerpolitik muß die Arbeiterschaft einen Massenstreik entfachen, um durch Entfesselung von Wirtschaftskämpfen, die bis zum politischen Massenstreik gesteigert werden müssen, die Raubpläne der sozialfaschistischen Koalitionsregierung zu durchkreuzen.



Republikshutzgesetz

Severing: Man muß wieder mal was für die Arbeiter tun —

Stolz erklärt der sozialfaschistische Innenminister, daß die Regierung sich von diesen Stimmungen nicht habe beeinflussen lassen, sondern vorausgesehen habe, daß es notwendig sei, einen neuen starken Schutz für die Republik zu schaffen, denn wird Severing deutlicher und erklärt, daß die Sprache in den Blättern der rechtsgerichteten Blätter und in den kommunistischen Zeitungen darauf hingewiesen habe, daß es geradezu notwendig sei, einen starken Schutz für diese Republik zu schaffen. Der jetzt eingebrachte Gesetzesentwurf bedeutet eine einschneidende Beschränkung der bisher nicht gewährten Verteidigungsmittel der Republik. Es werden aber auch alle Zweifelsfragen gelöst, die bisher in dem alten Gesetz noch bestanden haben.

Wieder als eine besondere Errungenschaft rühmt Severing, daß jetzt anstatt eines besonderen Schutzes der Regierungsorgane im neuen Gesetz jede im politischen Leben stehende Person, ohne Unterschied der Richtung oder Partei, gegen Attentate geschützt werde. „Schutz des Politikers schlechthin“ nennt Severing die Bestimmungen dieses besonderen Paragraphen. Wir sind geführt von dieser Fürsorge, die der sozialfaschistische Innenminister uns angedeihen läßt. Wenn dieses Gesetz angenommen wird, wird es sicherlich keine völligen Attentäter mehr geben, die auf kommunistische Arbeiter oder gar auf Führer der kommunistischen Partei Anschläge verüben werden.

Jeder Arbeiter, der die Tätigkeit der Faschisten in den letzten Monaten verfolgt und der weiter beachtet, wie die republikanischen Gerichte sich geradezu schändlich vor die faschistischen Mordbanden stellen, wird die widerliche Heuchelei dieses Gesetzesparagraphen voll und ganz begreifen. Die revolutionäre Arbeiterschaft, die Führer des revolutionären Proletariats bedürfen zu ihrem Schutz solcher Paragraphen nicht. Das revolutionäre Proletariat wird sich und seine Vertreter gegen die faschistischen Mordbanden durch entschiedenes Auftreten gegen die nationalsozialistische Eroberung zu schützen verstehen. Der Zweck, aus dem Severing diesen Paragraphen in den Rohentwurf seines Artikels stellt, ist ganz klar. Er soll über die tatsächlichen rigorosen Schandbestimmungen des neuen Gesetzes hinwegtäuschen. Aus diesem Grund schwadroniert der Verfasser des Gesetzes und des Artikels auch gleich hinterher über den Ausfall des sogenannten Kaiserparagraphen, über die praktische Unmöglichkeit der Rückkehr Wilhelms des Letzten nach Deutschland. All dieses alberne Gerede hat für das Proletariat weder Sinn noch Bedeutung. Für das Proletariat ist wesentlich die Erklärung, daß die Gerichte nach dem neuen Gesetz in schärferer Weise gegen die revolutionären Parteien und die politischen Vertreter des Proletariats, sowie die Zeitungen der revolutionären Arbeiterschaft vorgehen sollen. Severing erklärt ganz deutlich, daß sich die Verschärfungen im Gesetz

gegen die kommunistische Presse

und ganz selbstverständlich gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats und seiner Partei, die SPD, richten sollen. Severing erklärt, daß das Gesetz keine Bestrafung habe, um nicht bei Ablauf eines solchen Gesetzes neue Arbeit im Parlament zu bekommen. Zum Schluß erklärt der Reichsinnenminister, daß es anzunehmen sei, daß die parlamentarische Behandlung des neuen Entwurfs nicht allzu schwierig und zeitrauend sein wird.

Der Sozialfaschist ist sich ganz selbstverständlich dessen gewiß, daß die durch diese Gesetze geschützten kapitalistischen Parteien dieses Gesetz im Reichstag annehmen werden.

Noch deutlicher als Severing wird in der sozialdemokratischen Provinzpresse in einem „Schl.“ gezeichneten Artikel zu dem Zweck dieses Gesetzes Stellung genommen. In diesem Artikel wird von der Notwendigkeit des Schutzes des republikanischen Staates gegen das politische Rowdytum des Palastkreises und Sowjeterns gesprochen. Es heißt in diesem Artikel:

„Der Entwurf sieht den Schutz aller im politischen Leben lebenden Personen vor. Er geht von den sehr richtigen Gedanken aus, daß die Politik nicht eine Angelegenheit der Faust, sondern des Geistes ist, und daß die Träger der Politik sich einer Form zu befleißigen haben, die den Unterschied zwischen dem politischen Kampf und einer gemeinen Kanjerei klar erkennen läßt.“

Hier wird ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, was die sozialfaschistische Regierung mit diesem Gesetz bezweckt. Das Rowdytum ist ein besonderes Privilegium der Summistenpöbelkriechenden und der Revolverhandhabenden Polizei, der sozialfaschistischen Ministerpräsidenten. Ihre Taten gegen die Arbeiterschaft werden

Der Wortlaut der englischen Einladung veröffentlicht

III. London, 2. Oktober. Der Wortlaut der von Außenminister Henderson unterzeichneten Note an die Regierungen von Frankreich, Italien und Japan, die die Einladung zur Seeabwärtungskonferenz enthält, ist am Dienstagabend veröffentlicht worden. Ihr Inhalt deckt sich im wesentlichen mit den bereits bekannten Veröffentlichungen.

4 Arbeitstage — 1 Ruhetag

Die ununterbrochene Arbeitswoche in der Sowjetunion

Die Telegrophenagentur der Sowjetunion meldet: Die Arbeit in den Fabriksbetrieben zahlreicher Institutionen, die die ununterbrochene Arbeitswoche bereits eingeführt haben, der lebhafteste Straßenverkehr und die überfüllten Läden verließen Moskau am letzten Sonntag das Gepräge des üblichen Werktagelbens.

Die Presse betont, daß, obwohl die Einführung der ununterbrochenen fünfjährigen Arbeitswoche, wonach jeder Arbeiter und Angestellte nach je vier Arbeitstagen einen Ruhetag erhält, offiziell erst für den Oktober in Aussicht genommen ist, viele Fabriken auf Veranlassung der Belegschaft die Umstellung bereits Ende September vollzogen haben. Auch eine Anzahl zentraler Regierungsinstitutionen hat die neue Arbeitsregelung schon eingeführt.

Der Beschluß zur Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche in der Roten Armee ist bereits veröffentl. t.

Bessedowsky entlassen

Die Botenschaft der UdSSR in Paris teilt folgendes mit: Der ehemalige Vorkriegsminister Bessedowsky, der seit einiger Zeit ein Leben führte, das seine Mittel überstieg, hat einen hohen Betrag aus dem Fonds, der ihm anvertraut war, unterschlagen und konnte über diesen Fonds keine Rechenschaft ablegen.

Am 21. September forderte ihn das Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten auf, seinen Posten zu verlassen und sich nach Moskau zu begeben, um dort seine Handlungen zu rechtfertigen. Nach Bessedowsky diese Anordnung nicht befolgt, traf am 2. Oktober ein Mitglied des Kollegiums des Volkswirtschaftsministeriums für Arbeiter- und Bauerninspektionen, Koffemann, mit dem Auftrag, die Kassenführung nachzuprüfen, in Paris ein.

Je der Absicht, die Ausfolgung von Rechnungsbelegen zu ver-

meiden und sich jeder Verantwortlichkeit zu entziehen, verließ Bessedowsky plötzlich die Bottschaft. Um die Öffentlichkeit irreführen zu versuchen, erlitt er eine rein kriminelle Tat als politische Angelegenheit und sich selbst als Opfer erfundener politischer Meinungsverschiedenheiten mit seiner Regierung darzustellen.

Die Bottschaft behauptet aufs entschiedenste, daß Bessedowsky niemals irgendwelche Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung noch mit der Bottschaft geltend gemacht hat.

Im Glauben, die Aufmerksamkeit von seinen Unterschlagungen mit diesen skandalösen Mitteln abzulenken zu können, erlief er eine Fabel, wonach seine Familie und er selbst in der Bottschaft festgehalten wurden und sich in Lebensgefahr befänden. Diesen Vorwand benutzte er, um die Einmischung der französischen Polizei zu fordern.

Indem die Bottschaft die obenerwähnten Tatsachen zur Kenntnis gibt, dementiert sie kategorisch sämtliche phantastische Meldungen, die die rein kriminellen Handlungen des Bessedowsky betreffen.

Bestell die Wochen Ausgabe!

14000 Meter über der Erde

In der Deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt wurden kürzlich Versuche unternommen, in welchen Höhen Menschen ohne Schaden sich aufhalten können. Zu diesem Zweck wurde ein kreisrunder, mit starken Eisenplatten gepanzerter Interdrum errichtet, der in beliebigem Grade luftleer gemacht werden kann. Die Luftleere in diesem Raum entspricht also jeweils einer bestimmten „Flughöhe“. Bei Vorversuchen mit Mäusen und Kanarienvögeln ergab sich, daß diese eine Höhe von 12000 Meter noch gut vertrugen.

Dann schloß sich ein Arzt selbst in die Kammer ein und ließ die Luft verdünnen, bis, trotz künstlicher Sauerstoffatmung, Bewußtlosigkeit in 14300 Meter „Höhe“ (133 Millimeter Quecksilberstand) eintrat. Ohne Verwendung von Sauerstoffapparaten wurden schon bei 8000 Meter die Arme und Hände schwer, die Halsschlagadern begannen hart zu klopfen (innerer Blutüberdruck), Schwindel und Nasenbluten stellten sich ein. Allgemein zeigten sich bei 6 bis 8000 Meter Höhe die ersten Anzeichen der Sinnesverwirrung: das logische Denken geht aus, Zeichen und Schreiben werden unmöglich. Diese Versuche haben also gezeigt, daß es für Menschen unmöglich ist, ohne besondere Vorrichtungen in die Stratosphäre (über 10000 Meter) vorzudringen.

Heute Donnerstag: Allgemeine Funktionär-Sitzung

Die Funktionärsitzung von Partei, Jugendverband, Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe, Internationaler Bund, Antifaschistische Arbeitermehr und aller anderen befreundeten Organisationen von Groß-Breslau findet am Donnerstag, 20. Uhr, im „Artikula-Garten“, Neue Gasse 25, Saal eine Treppe, statt. Wichtige Tagesordnung. Pünktliches und vollständiges Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt erforderlich.

Zu dieser Sitzung haben auch parteilose sympathisierende Funktionäre der anderen Arbeiterorganisationen — Sportvereine, Gewerkschaften, Kulturverbände — Zutritt.

Jeppella kommt überhaupt nicht

Die „Schlesienfahrt“ des „Jeppellins“ ist wieder einmal verfallen worden. Um die üblichen 24 Stunden. Aber das ist nur eine Verhütungsgaube. Kindern und Kranken muß man nämlich die Wahrheit schon einbibringen. Nämlich die Wahrheit, daß man heute schon 9 gegen 1 wetten kann, daß der „Jeppelin“ dieses Jahr überhaupt nicht kommt!

Salentrenkler-Pech

Die Salentrenkler, zu bumm, um eigene Gedanken zu haben, äßen nach, was die „verbotenen“ roten Frontkämpfer schon vor Monaten gemacht haben. Mächtigswelche ziehen sie durch die Straßen und versuchen, Inschriften an den Häusern und Bauzäunen anzubringen. Sie haben dabei entschieden Pech. Es soll schon vorgekommen sein, daß sich plötzlich die Farbe ganz unprogrammatisch über ihre Köpfe ergoß. Und wo sie wirklich einmal etwas malen konnten, waren ihre schönen Sinnprüche in kurzer Zeit abscheulich verstümmelt. Im Westen z. B. hatten sie an ein Haus ihr „Heil Hitler“ gemacht. Wenige Augenblicke später hatte sich die Schrift in „Heil Hitler!“ verwandelt. Es soll tatsächlich Nazis gegeben haben, denen ob solcher Bosheit das Weinen kam. Um so mehr, als auch die revolutionären Arbeiter recht aktiv sind. In der Oberstadt an der Langen Gasse ist in Riesenlettern zu lesen: „Leb die Arbeiter-Zeitung.“ An anderer Stelle wieder: „Rot Front lebt!“ Selbstverständlich ist die Polizei kräftig bemüht, diese Uebelthäter zu fassen. (Hinsichtlich der Nazis ist sie in bekannter Weise nachsichtiger.) Es ist ihr auch wirklich gelungen, einige Personen festzunehmen. Bloß schade, daß es nächste Spatiergänger waren, und die wirklichen „Verbrecher“ einige Schritte weiter hinter dem Damm lagen und köstlich über den Reinfall der Popo seigten. Zum Salentrenklerpech noch Polizeipech!

Ein netter „Dienstherr“

Unter der Anlage, ihr Kind vorfalsch geüdet zu haben, stand dieser Tage das Hausmädchen S. aus Breslau vor dem Gläcker-Schmurgericht. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Presse stattfand, gepährte einen Einblick, wie die Rolle von Privatiermädcheln von gewöhnlichen „Dienstherrn“ ausgenutzt wird.

Ein Reisender R. hatte die 18jährige Angestellte nach Breslau gelockt und als Hausangestellte bei sich beschäftigt. Er machte sich das Mädchen gefügig, und als sich dann die Folgen des Umgangs zeigten, ließ er das Mädchen im Stich. Die achtzehnjährige wurde Mutter, und der nette „Dienstherr“ sorgte weder für sie noch für das Kind. Da das Mädchen nicht wußte, wo sie das Kind unterbringen sollte, suchte sie in ihrer Verzweiflung den Entschluß, es umzubringen. Sie ersticht das Kind durch Zufallen von Mund und Nase und brachte die Leiche nach dem Keller ihres ehemaligen Arbeitgebers, der in der Wielandstraße wohnt.

In der Verhandlung, zu der auch der „Dienstherr“ als Zeuge geladen war, forderte der Staatsanwalt Bestrafung wegen Totschlags und beantragte zwei Jahre sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Dieser Fall ist kein Einzelfall; unzählige ähnliche Fälle, von denen nur ein Bruchteil an das Licht der Öffentlichkeit kommt, spielen sich im Verborgenen ab. Würden die Tausende von Hausangestellten ihre Erlebnisse zu Papier bringen, könnte aller Welt bewiesen werden, wie moralisch verkommen und verkommen das sogenannte bessere Bürgertum und mit ihm seine ganze Gesellschaftsordnung ist. Seine Justiz als Willensvollstrecker stellt nun auch nicht die Schuldigen, sondern die Opfer dieser Ordnung vor den Richter. Nicht der fette Bürger, sondern das ihm aus Not ins Garn gelaufene Mädchen wird ins Gefängnis gesteckt. Erst die proletarische Gerichtsbarkeit wird den Speiß umdrehen und die Schuldigen am Kantbalken nehmen.

Die Hungerpensionen der Eisenbahner-Jubiliden

Von einigen Altersjubiliden der Eisenbahn wird uns geschrieben: Wir Jubiliden, die 1923/24 nach vierzig und mehr Dienstjahren pensioniert wurden, müssen uns heute mit noch nicht 100 Mark im Monat durchhungern. An dieser Hungerpensionierung haben die sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ großen Anteil. Ohne ihre Zustimmung hätte die Eisenbahndirektion diese Schandpläne nie machen können. Heute sitzen die Leute bei der Reichsbahn in gut bezahlten Posten und lachen uns höchstens aus, wenn wir eine Anhebung verlangen. Wir können doch das Werk, das wir aufgebaut haben, nicht wieder einreißen, erklären sie einfach.

Es ist ein Skandal! 40 bis 45 Jahre haben wir der Eisenbahn unsere Knochen geopfert, haben Monat für Monat in die Pensionskasse gezahlt und müssen uns jetzt mit noch nicht 100 Mark im Monat abspesen lassen. Wir fordern Erhöhung der Hungerpensionen.

Arbeiter und Arbeiterinnen vom Obertor

Sonntag 9 Uhr Auftreten in der „Stadt Ramlau“, Matthiasstraße, zur Presseerhebung und Sammlung. Alle Mitglieder der unterzeichneten Organisationen sind verpflichtet, bestimmt zu erscheinen.

SPD. Stadtbl. Nord. AFD. Arbeitermehr Obertor. Internationale Arbeiter-Hilfe. Rote Hilfe und AFD.

Um Mark steigen die Preise, um Pfennige nicht einmal die Löhne. Arbeiterfrau, dich geht das ganz besonders an, weil du mit dem Gelde, das dein Mann nach Hause bringt, auskommen sollst. Kannst du das? Bestimmt nicht. Darum muß auch du dich einreihen in die Abwehrfront. Komme in die am Freitag um 20 Uhr bei Arndt, Malergasse 27, stattfindende Frauenversammlung.

Breslau, 10. Oktober.

Im Zusammenhang mit dem Defizit im Stadtkädel hat der Magistrat bekanntlich vor einiger Zeit eine Deckungsvorlage eingebracht, die ungeheure Erhöhungen der Werkstarke bei gleichzeitiger Abhebung verschiedener im diesjährigen Haushaltsplan beschlossener Ausgaben vorsah. Nunmehr liegt eine Aufstellung der von der sogenannten Nordkommission gemachten Abstriche vor. Insgesamt handelt es sich um 1.514.704 Mk. Wie nicht anders zu erwarten war, hat man fast ausschließlich bei jenen Ausgaben „gespart“, die für den Allgemeinwohl dienende Zwecke gemacht werden.

So hat man einfach bei den Volksschulen 71.233 Mark, bei dem Jugendamt 30.000 Mark, beim Gesundheitsamt 89.000 Mark, im Etat der Krankenanstalten 30.500 Mark und im Wohnungswesen sogar 128.000 Mark gestrichen. Selbst verhältnismäßig kleine Etatanteile hat man nicht verschont. So wurden beim Säuglingsheim 8.400 Mark und bei der Heilstätte Herrnbrotsch 4.200 Mark abgesetzt. Das Schlimme ist, daß diese Abzüge in erster Linie bei den Etatsanteilen für Beschäftigung des Personals und der Inassen der einzelnen Anstalten, der Schutzkleidung für städtische Arbeiter und bei ihren Löhnen und Gehältern erfolgt sind. Um ein Beispiel zu nennen: Im Haushaltsplan des Bürger- und Kinder-Obdachs waren für Beschäftigung 86.800 Mark vorgesehen. Von dieser Summe werden jetzt einfach 9.000 Mark, also mehr als 10 Prozent gestrichen. Was das bedeutet, kann sich jeder vorstellen, der weiß, wie schlecht bereits jetzt die Beschäftigung in den meisten städtischen Anstalten ist.

Nicht gespart aber hat man z. B. an den Ausgaben für den Religionsunterricht in den städtischen Schulen, an den Zuschüssen für die den Landesbücheln zählenden Privatschulen. Und das ist nur ein Beispiel, wo man wirklich hätte sparen können. Eine andere: die Polizeikosten. Der Plananschlag beträgt für dieses Jahr über 1.965.000 Mark. Davon hat man pro forma ganze 80.000 Mark abgestrichen. Ein lächerlich geringer Prozentsatz. Warum hat man bei diesem Posten nicht den angelegten Grundsat, an allen Planansätzen durchweg 10 Prozent abzurufen, durchgeführt? Es wäre zwar immer noch der Polizeilehrling in den betrachten der großen Not verführerisch hoch geblieben. Aber da wagt man sich nicht ran. Man kann doch schließlich nicht bei der Polizei abbauen, wenn selbst der Oberbürgermeister schon der Meinung ist, daß man ihre Karabiner halb gegen die hungernden Erwerbslosen brauchen wird.

Die Tätigkeit der „Nordkommission“ hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, von den gleichen Gesichtspunkten leiten lassen, die auch sonst in unserer Gesellschaftsordnung maßgebend sind. Schon beim Etat dieser Organisation mit den Worten gekennzeichnet: „... dem, der wenig hat, wird das Wenige noch genommen.“ Hinzu kommt, daß die Abstriche gemacht wurden, ohne die Stadtverordnetenversammlung zu befragen. Selbstverständlich wird die kommunistische Stadtverordnetenfraktion gegen diese Praktiken des Magistrats auf schärfste Stellung nehmen.

Eine Bombe in der Flurstraße explodiert!

Eine Anzahl Verbenshods die Folge

Gestern nachmittag hat sich im Grundstück Flurstraße 4/6 eine in ihrer Auswirkung verheerende Bombenexplosion ereignet. Nachdem in den Nachmittagsstunden in der in dem betreffenden Hause befindlichen Redaktion der „Volkswacht“ die Austrägerin die „Arbeiter-Zeitung“ gebracht hatte, erscholl gleich darauf aus den Arbeitsräumen der Redakteure ein heftiges Schreien. Bestürzt eilten einige beherzte Personen in die Zimmer. In allen bot sich ihnen ein grauenhafter Anblick. Mit blutunterlaufenen Augen, Schaum vor dem Munde, tobten die sonst so sanftmütigen Mitglieder des Redaktionskollegiums des Blattes der Bedürfnislosen derart wild, daß die Gesamtleitung der Druckeri und zwei Hundertschaften Schupo ausgerufen werden mußten, sie zu bändigen, nachdem alle anderen Versuche, sie zu beruhigen. — Herr Kraus wurden z. B. einige Kapitel aus der Bibel vorgelesen — ohne Wirkung geblieben waren. Die Bedauernswerten wurden in die Heilanstalt in der Einbaumstraße geschafft und dort einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Leider stellten sich bei allen Eingelieferten schwere Geistesstörungen heraus. Trotzdem glaubte es der behandelnde Arzt verantworten zu können, nach kurzer Beobachtung die Erkrankten wieder zu entlassen. Er hat ihnen sogar die Weiterführung ihrer Redaktionsarbeit gestattet, da er der vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gewiß einwandfreien Auffassung ist, daß für die von ihnen zu leistende Arbeit der Zustand der bei dem Charakter der Krankheit hauptsächlich angegriffenen Körperteile — der Röhre — ohne Belang ist. Immerhin will sich heute die Pressekommission der „Volkswacht“ mit einem Aufruf an die Leser wenden, in dem unter Berücksichtigung des bedauerlichen Vorfalles um noch weitergehende Nachsicht wegen des Inhaltes des Blattes gebeten wird.

In den Abendstunden des gestrigen Tages hat auch der Vorstand des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins zu dem Bombenattentat Stellung genommen und umfassende Maßnahmen zur Aufklärung des Verbrechens beschlossen. In Anerkennung seiner vor Jahresfrist bereits bewiesenen Fähigkeit, Versprechen wie: „Die Verichterhalter der „Arbeiter-Zeitung“ muß und werde ich binnen drei Tagen finden, und soll es mich dabei auch einige Postenköpfe kosten“, einzufüllen, wurde der Kriminalleutnant Hans Krumm mit der Leitung des Sonderbezirks zur Bekämpfung der Bombenwaffe beauftragt. Krumm hat sich aus dem Bestand einer auf der Margaretenstraße befindlichen Dressuranstalt eine größere Anzahl zuverlässiger Polizeihunde ausgewählt, mit denen er die Suche aufnehmen will. Es ist dringend zu wünschen, daß die Arbeit des Herrn Krumm Erfolg hat, denn aus ganz zuverlässiger Quelle haben wir erfahren, daß die „Arbeiter-Zeitung“ ein neues Bombenattentat plant, und zwar soll sich dasselbe gegen den früheren Polizeipräsidenten Voigt richten, einen besonders um die Bauhüttenbewegung in des Wortes wahrer Bedeutung außerordentlich „verblenstollen“ Sozialisten. Wir, die wir durch persönliche Informationen bereits um den gefährlichen Sprengstoff der Bombe wissen, können dabei unsere Sorge nicht verschweigen; daß, gelinst der „Arbeiter-Zeitung“ der Wurf, dabei vielleicht ein (moralisch) Toter an, der Strecke bleibt. Jedemfalls taucht in diesem Zusammenhang die Erinnerung an den auf gleiche Art und an einer ähnlichen Bombe getöteten Herrn Kraus als traurige Warnung auf. Zu einer Beunruhigung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft liegt aber, solange die Steuerbehörden der Partei noch geschäftig sind, keine Ursache vor.

Ihr wahres Gesicht

Die kommunistischen Stadtverordneten wollten folgenden Antrag einbringen: 1. Sämtliche Nichtsätze des Wohlfahrtsamtes sind ab 1. Oktober um 25 Prozent zu erhöhen. 2. Die Zahlung der Zuschußunterstützung für Erwerbslose erfolgt vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit ab.

Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung sind zur Einberufung eines Antrages fünf Unterschriften notwendig. Unsere drei Genossen wandten sich deshalb an Reim und Engel um deren Unterschrift, die aber von den beiden abgelehnt wurde. Eine bemerkenswerte Selbstentlarvung. Das ist ihr wahres Gesicht!

Sonntag erste Sprechchorprobe

Die erste Probe des von der „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur“ gegründeten Sprechchors findet Sonntag, den 13. Oktober, um 11 Uhr vormittags im Artikulgarten, Neue Gasse 25, statt. Wir erfragen alle Genossen und Leser, die für die Arbeit des Sprechchors Interesse haben, sich umgehend in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, Trebniger Straße 50, zu melden und Sonntag pünktlich zu der ersten Probe zu erscheinen, die unter Leitung der Schauspieler Martin Wolfgang, Josef Reim, Mentzel und Karl Porzla steht.

Lotterwirtschaft der Kirchengemeinden

Wiederholt mußten wir feststellen, daß Finanzämter immer wieder Kirchensteuerbescheide an Personen senden, die seit Jahren keiner Religionsgemeinschaft angehören. So wurden dieser Tage wiederum einer Anzahl von Arbeitern, die bereits 1926 aus der Kirche ausgetreten sind, Steuerbescheide für das Jahr 1929 zugestellt. Durch diese Lotterwirtschaft der zuständigen Kircheninstanzen wird andauernd ein größerer Personenkreis belastigt, denen unnötige Kosten und Zeitverlust dadurch entstehen.

Um weiteren Belästigungen und Unannehmlichkeiten zu begegnen, ist notwendig, fristgemäß Einspruch zu erheben. Wir empfehlen, dies unverzüglich unter Angabe des Geschäftszeichens der Austrittsvereinbarung zu tun.

Wohnungsreinigung bei Tuberkulose. Das städtische Gesundheitsamt teilt uns mit: Wechselt ein an Lungen- oder Kehlkopftuberkulose Erkrankter seine Wohnung, so ist der Haushaltsvorstand nach dem Gehehe zur Bekämpfung der Tuberkulose verpflichtet, unverzüglich der für die alte Wohnung zuständigen Tuberkulosefürsorgestelle den Wohnungswechsel mündlich oder schriftlich anzuzeigen. Wechselt mit der Aenderung der Wohnung des Kranken zugleich auch der Haushaltsvorstand, so liegt die Pflicht zur Anzeige dem bisherigen Haushaltsvorstande ob. Das Unterlassen der Meldung ist unter Strafe gestellt.

Die Wochenbeute. In der Woche vom 30. September bis 6. Oktober wurden 43 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen: Taschendiebstahls 2, einfachen Diebstahls 4, Raubes 4, Betruges 2, Unterschlagung 2, Diebstahl 3, Widerstandes 2, Körperverletzung 4, Arbeitszweck 5, Groben Unfugs 2, Steuerverweigerung 5, Schutzhaft 7, Zuwiderhandlung gegen die Paz- und Melde-

Mit dem Motorrad schwer gekürzt ist gestern, gegen 16.25 Uhr, der Maschinist Richard Hoffmann, Salzstraße 34 wohnhaft, auf der Dorfstraße in Prosch-Weide. Er blieb beunruhigt liegen und wurde mit dem Verkehrsauto Breslau-Trebnitz nach dem Allerheiligen-Hospital gebracht.

Der verschwundene Konsumlagerhalter. Vor etwa vier Wochen enfernte sich der Lagerhalter eines hiesigen Konsumvereins. Man mutmaßte, daß er sich ein Leid angetan hätte. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß er Unregelmäßigkeiten begangen hat. Wie wir heute erfahren, hat er sich bei einem Landjäger im Riesengebirge gestellt.

Wegen organisationschädigenden Verhaltens wurde das Mitglied Else Kimpel, Breslau, aus dem Roten Frauen- und Mädchenbund ausgeschlossen.

„Abwehrriegel“

Dieser Tage wurde in der „Volkswacht“ in großer Ueberschrift festgesetzt, daß die Sozialdemokraten einen großen „Abwehrriegel“ errungen haben. Abwehrriegel ist wirklich eine originelle Bezeichnung für ein politisches Verbrechen. Den Unterfütterungsraub an den Erwerbslosen als „Sieg“ zu feiern, ist der Gipfel der politischen Unverfrorenheit.

Während des Krieges brauchte Ludendorff auch jeden Tag einen Sieg. Wenn die deutschen Truppen an der Front geschlagen wurden, dann meldete der Heeresbericht, daß ein strategischer Rückzug eingeleitet sei, der sich in vollkommener Ordnung vollziehe. Später hatte man sich ja an die „Sieg“ gewöhnt, daß man sich darauf beschränkte, „In Westen nichts Neues“ festzustellen. Nach der „Volkswacht“ siegt auch die SPD. zum mindesten einmal täglich. Man stellt ganz einfach folgendes fest: Die Volkspartei fordert dies und jenes. Ihre Forderungen werden nicht insgesamt angenommen, also hat die SPD. einen „Abwehrriegel“ errungen. Ober: Die Arbeiter stellen eine Lohnforderung, die Unternehmer fordern Lohnabbau. Wenn dann eine Lohnerhöhung nicht eintritt, dann haben die reformistischen Bürokraten ebenfalls gesiegt. Wenn bei einer Betriebsratswahl die SPD. Stimmen verliert, und die SPD. gewinnt, dann ist das auch ein „Sieg“ für die SPD., weil ja die SPD. eigentlich viel mehr erwartet hätte. Ein sozialdemokratisches Unternehmen macht ein riesen Defizit — sagen wir die „Buna“ — dann ist das zum mindesten ein Erfolg, denn das Defizit hätte ja noch größer sein können.

Mit der Bezeichnung „Abwehrriegel“ eröffnen sich glänzende Perspektiven. Nehmen wir an, die SPD. verliert am 17. November viel Stimmen. Dann kann die „Volkswacht“ am 18. November melden: „Siegreich behauptet!“ Die SPD. siegt auf jeden Fall.

Nur über eins zerbrechen wir uns den Kopf. Was war das für ein Sieg, den letzten die SPD. in Schweden errungen hat? War das ein voller Sieg, ein Teilsieg, ein Abwehrriegel oder ein strategischer Rückzug? Es hätte da ja auch schließlich noch schimmer kommen können, z. B. wenn die Reichsbannerleute nicht so gute Käufer gewesen wären.

Herr Kraus, was mag das wohl für ein Sieg gewesen sein? Ueberprüfen Sie mal! Und wenn das Schwerkfall, dann lassen Sie sich eine Gehirn-Prothese an. Das ist sowieso notwendig. Ihren Redaktionskollegen Daj und Kewentlow ist das ebenfalls bringend

Beuthen

Das führende Haus für Beleuchtungskörper, Holz- u. Kochapparate, Radioapparate, Radioteile

Gebr. Markus & Baender Ring 23 Damen-Konfektion Wäsche, Wollwaren Trikotagen

M. Skrzypczuk Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung

Färberei Curt Müller Beuthen: Bahnhofstr. 8 Piekarer Str. 5

Achtung! ff. Robschlächtere Max Poloczek, Lange Str. 18

Ign. Kuballas Bäckerei u. Konditorei Tarnowitzer Straße 43

Molkerei Badmann Telephone 4404 ff. Meierei-Produkte und täglich frische Milch

Arbeiter kauft eure Milch und Molkereiprodukte nur in der

Kolonialwaren - Drogen Josef Stopp, Sedanstraße 15

Widwid Bierstuben Verlehrslokal aller Standesgenossen

Leder - Linoleum Emanuel Pinczower, Ring 13

Teppiche, Polsterwaren, Gardinen E. W. B. Sell, Tarnowitzer Straße 42

Vogel's Gasthaus, Kondoblatte Chaussee 1

Theodor Stollf Kolonialwaren - Feinkost - Spirituosen

Vommerische Waren / Max Helffahoffl. Eberleher Straße 62

Rudolf Hotel, Dyngosstraße Nr. 38

Brot- und Feinbäckerei Otto Dost, Tarnowitzer Chaussee 29

Barmer Köpffspitzen-Zentrale Nur Lange Straße 27

Mag. Sellhorn, gegenüber der alten Kirche

Kolonialwaren, Weine Tabak, Nigarren

Mar. Partikel, Thamsstraße Kolonialwaren - Feinkost

G. Böhm & Co., Große Blotnitzstraße 39

St.-Gyazinth-Drogerie / Hahberg Farben - Lade - Parfümerien

H.F.G. Haus für Geschenke

Einheitspreise / Nur vier Preise 1 Ml. - 2 Ml. - 3 Ml. - 6 Ml.

Paul Köhler, Schindlerstraße 39

Josef Weiß, Nfng. Inh. Emil Raek Kolonialwaren und Delikatessen

Möbelhaus Kutsche Inhaber: Johannes Kaitowski

Restaurant Große Blotnitzstraße 34

Rudolf Walloschek Telephone 2861 Hohenzollernstraße 28

Bekleidungshaus S. Kornreich & Co. Gartenstraße 4

Bäckerei u. Konditorei S. Gmyrek Scharleyer Straße

Fleischer Anton Sladeczek Sedanstraße 8

Bäckerei u. Konditorei Leo Ortenburger Scharleyer Straße 100

Gebr. Palkert Gleiwitzer Strasse 5 ff. Fleisch- und Wurstwaren

V. Dallis Ring 4

Hüte / Mützen Spezialgeschäft

Matuschel, Bäckerei ff. Backwaren tägl. frische Semmeln

Destillation, Likörfabrik Peter Golla Gr. Blotnitz Str. 36

Dampfbäckerei Alberi Kabus Dyngosstr. 35

Dampfbäckerei ff. Backwaren täglich frisch

Bäckerei und Konditorei Joh. Schmidt, Dyngosstr. 61

Josef Rekus Bäckfabrik und Weinerhandlung

Drogerie Josef Malorny Drogen- und Farbenhandlung

„Bild Kunst“ Obereschlens größtes Buchgeschäft

Im Spezialhaus für Wollwaren Friedrich Freund

„Zum Rakenhofer“ Getreide, Reis, Ralle

Hans J. Vogel jetzt Ring 9, Ede Schleichhausstraße

Bäckerei und Konditorei ff. Backwaren, tägl. frische Semmeln

Fr. Mielke, Gaststätte Richard Bierchner, Krafauer Str. 34

Dampfbäckerei Joh. Mude, Dyngos, Ede Muckowitzer Straße

Wihelm Weiß, Beuthen Löwen-Drogerie / Krafauer Straße 19

Drogen- und Farbenhandlung Carl Franke Nachf., Krafauer Str. 32

Johannes Rad Schneiderstraße 2

Hugo Kofal, Friedrich-Wilhelm-Ring 5

S. Zurachel, Schneidmüller Große Blotnitzstraße 16

Tapetenhandlung Sadur-Söhne / Gymnasialstraße 14a

Gleiwitz

Das größte führende Unternehmen Oberschlesiens der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie

St. Anna-Drogerie Drogen, Farben, Chemikalien, Artikel z. Krankenpflege

Bobrowsky & Zellner, Gleiwitz, Ring Spezialgeschäft für Manufaktur- und Modewaren

Möbel-Kramny Ecke Preiswiger Neuwelstraße Beim Fachmann kaufen, heißt billig kaufen

Georg Gellerz ff. Fleisch- und Wurstwaren

Hans Schöner, Seitzstraße 7 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Arthur Hensel Karistraße Nr. 9

Erich Ruda Piekar Str. 4

Alle Krankenkassenbrillen sorgfältigst und aufmerksam

Gebr. Pawroslo Turmstrasse 7 Fabrikat. fein. Fleisch- u. Wurstwaren

Brillen - Böhm Optiker Wilhelmstr. 24

Brillenoptik-Bornemann das Fachgeschäft für Optik und Photo

Sanitätshaus E. Walter Eberstraße 10 Bandagen, Kunstglieder

Hausfrauen euer Kolonialwaren-Konsum

Hausfrauen! kauft eure Kolonialwaren nur bei

Valentin Kubla Fleischmarkt Nr. 1

E. Hubert Destillation und Bäckfabrik

Paul Grogli Niederwallstraße 22

Hugo Feig, Weibich, Blotnitzstraße 29

R. Danziger // Blotnitzstraße 26

Wihelm Wöhner Kolonialwaren: Klosterstraße 17/19

Hausfrauen! Brot und Konditorenwaren

Hausfrauen! ff. Fleisch- und Wurstwaren

Waldenburger Bergland Klar zum Gefecht!

Wichtiger Aufruf zu den Kommunalwahlen — Die Partei einig und geschlossen

Die am Sonntag im Saale der Stadtbrauerei in Waldenburg abgehaltene Parteiarbeiterkonferenz, veranlasst durch die alljährliche Funktionäre der Kommunistischen Partei aus dem Unterbezirk Waldenburg. Die Anwesenheit von über 100 Funktionären zeigte, daß sich unsere Genossen der schwierigen Aufgaben, die uns aus der politischen Lage und besonders durch die bevorstehenden Wahlen erwachsen, durchaus bewußt sind. Unseren Gegnern zum Trost atmete die Konferenz einen frischen Kampfesgeist. Das Charakteristische dieser Konferenz ist nicht nur der starke Besuch sowie die glänzende Kampfesstimmung; das wesentlichste Merkmal dieser Funktionäre aus den Betrieben war die politische Klarheit dieser Funktionäre in den kommunalpolitischen Fragen überhaupt. Einmütig erkannten die Genossen, daß die Wahlen nicht den Kern unserer Politik bilden, sondern nur in Verbindung mit allen anderen politischen Fragen gelöst werden. Die Konferenz war das öffentliche Bekenntnis aller unserer Genossen, trotz aller Schwierigkeiten über die sich in den nächsten Monaten häufenden Aufgaben hinweg die Partei zum Siege zu führen.

Nachdem die letzten Töne des einseitigen Kampfliedes erklingen waren, eröffnete Genosse Schulz im Namen der Unterbezirksleitung die Konferenz. Nach Begrüßung der Erschienenen und kurzen Worten über Sinn und Bedeutung der Konferenz, nahm der

Waldenburger Bergland
Klar zum Gefecht!
Wichtiger Aufruf zu den Kommunalwahlen — Die Partei einig und geschlossen

Nach Waldenburg-Altwasser zum Kampf bereit

Am Sonntagabend tagte im Ernstlichenhof in Altwasser die kombinierte Mitgliederversammlung Waldenburg-Altwasser. Nach den politischen Ausführungen des Genossen Kellermann behandelte Genosse Schulz schon die Durchführung der auf der am Vormittag stattgefundenen Konferenz gefassten Beschlüsse. In der Diskussion erklärten sich die Genossen restlos bereit, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um die gestellten Aufgaben durchzuführen. In der Diskussion kam auch zum Ausdruck, daß das Ausschleiden der Renegaten nicht erreichen kann, daß unsere Parteiarbeit selbst. Soll die SPD, und die „Bergwacht“ mit diesen Leuten glücklich werden, die Partei geht ihren Kurs. Damit war der Fall dieser drei Renegaten für die Partei für immer abgetan.

Dann schritt man zur Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. Die gut besuchte Mitgliederversammlung beschloß einstimmig die Liste.

Einmütigkeit auch in Dittersbach

In der am Dienstag stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden neben der Besprechung unserer Wahlarbeit auch in voller Einmütigkeit die Kandidaten zu der Gemeindevahl aufgestellt.

Schon wieder ein Loter!

In der Mittagssticht am Dienstag verunglückte in der 16. Abteilung des Tlesbausechtes der Fahrhauer Rosenberger zu Tode. Er wurde auf einem Bremsberg von zwei Wagen so schwer getroffen, daß er sofort ins Lazarett gebracht werden mußte. Im Lazarett verstarb Rosenberger bald nach der Einlieferung.

Rote Hilfe Unterbezirk Waldenburg

Sonntagabend, den 12. Oktober, 10.30 Uhr, findet in Altwasser im „Eisernen Kreuz“ eine wichtige Konferenz der Roten Hilfe Unterbezirk Waldenburg statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sind alle Ortsleiter verpflichtet zu erscheinen. Im Verhinderungsfalle ist ein Vertreter zu entsenden. Referent des Bezirksvorstandes anwesend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Freitag um 19 Uhr findet in der „Stadtbrauerei“ Waldenburg die Generalversammlung statt. Näheres siehe Inserat!

Jauer

Motorradunfall. Auf der Landstraße Jauer-Striegau fuhr ein Elektromotorrad mit seinem Motorrad in einen plötzlich zur Seite biegenden Kraftwagen. Der Motorradfahrer erlitt schwere Verletzungen. Unter anderem soll das Augenlicht gefährdet sein. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Der Sozialfahrer kam mit Verletzungen davon.

Am Sonntag, dem 13. Oktober, Zellenmitgliedsbeitrag im Unterbezirk Waldenburg. Ueberall: Aufstellung der Kandidaten und Wahlvorbereitungen. Genossen, erscheint bis zum letzten Mann!

Genosse Kellermann als Vertreter des Zentralkomitees das Wort. Die Wendung in der Taktik bei allen politischen Fragen auf der Grundlage der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und des Webdinger Parteitagess muß auch in unserer Stellungnahme zur Kommunalpolitik Anwendung finden. Die SPD ist keine Wahlpartei. Mit dem Stimmzettel wird kein Staat gekürzt. Wahlen sind für uns ein Gradmesser für die politische Entwicklung der Massen. Der Wahlkampf kann nicht losgelöst von den anderen politischen Fragen geführt werden. Im Mittelpunkt der Arbeit der Partei steht der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, gegen den Unterdrückungsraub, für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, gegen faschistische Gefahr, gegen imperialistische Kriegsgefahr. Trotz allen Widerstandes unserer Gegner, vor allem der Sozialdemokraten, geht die Partei, getragen von dem Vertrauen der besten Teile des deutschen Proletariats, siegreich aus den Kämpfen hervor.

Nach einer ausgiebigen Diskussion wird zur Aufstellung der Kandidaten zum Freitag geschritten. Nach kurzer Diskussion, wobei Einmütigkeit darüber herrscht, daß Kandidaten nur Genossen sein können, welche zur Linie der Partei stehen und dies auch in der Vergangenheit bewiesen haben, wurde eine Vorschlagsliste einstimmig angenommen.

Mit viel Arbeitseifer der Genossen wurde der letzte Tagesordnungspunkt, die praktische Durchführung der Wahlagitiation, besprochen. Die Partei steht bereit. Jetzt gilt es, die Partei bis hinunter zum letzten Mitglied zu mobilisieren. Bis einschließlich Sonntag, den 13. Oktober, abends, finden 33 Mitglieder- und Parteivorstandssitzungen im Unterbezirk statt. Wir rufen die Gesamtpartei auf, sich restlos in den Versammlungen einzufinden.

Genosse Schulz appellierte am Schluß der Konferenz an alle Parteifunktionäre, die hier gefassten Beschlüsse und festgelegten prak-

„Schlegel und Eisen“

Nummer 3

wird am Sonntagabend dem 12. Oktober abgeschlossen.

Alle für diese Nummer bestimmten Zuschriften müssen spätestens Freitag, den 11. Oktober, in den Händen der Redaktion sein.

Die Korrespondenten werden dieselbe Anzahl Zeitungen erhalten, wie von der Nummer 2. Zu- oder Abgänge sind dem Verlag sofort zu melden.

Goldberg

Entlassungen in der Steinindustrie. Der Basaltsteinbruch des Prof. Rauch-Belzig am Hohensteinen nebst dem dazu gehörigen Steinbruchlagerwerk ist stillgelegt worden. Die Stilllegung soll nur eine vorübergehende sein. Annähernd 100 Arbeiter kamen dadurch zur Entlassung. Mit ihnen ist die Zahl der von der hiesigen Rebelle des Arbeitsamtes Liegnitz betrauten Arbeitslosen auf über 200 angewachsen.

Neusalz

Töblicher Unfall im Hafen. Als der 14-jährige Schiffersohn Krüger von einem Schiff im Hafen auf einen Dampfer sprangen wollte, verfehlte er sein Ziel und stürzte ins Wasser. Bereits bewußtlos wurde er geborgen. Es gelang, ihn nochmals ins Leben zurückzurufen, doch verstarb er kurz darauf.

Grünberg

Alles im Dienste des Sozialismus!

Als Alfred Apelt Stadtverordneter wurde, konnte man im Neusalzer Schwindeblättel lesen, daß er den Gegnern (damit meinte man die Bürgerlichen) manche harte Nuß zu knaden geben würde. Jetzt ist er „Herr Stadtrat“, natürlich im Dienste der Arbeiterklasse. Daß die Pflichten eines Stadtrates sehr vielseitig sind, ist ganz klar, aber die Prämierung der Weingärten mit dem Profitarat zu hat, will uns absolut nicht einleuchten. Trotzdem, der Sozialdemokrat Apelt prämiiert dem Deutschnationalen A. D. Schulz den Wein, — immer nur im Dienste des Sozialismus! Schade, daß der Wein noch nicht fertig ist, wir würden dem Herrn Stadtrat empfehlen, auch eine Prämierung der Weinflaschen vorzunehmen.

Daß man im Dienste des Sozialismus auch jeden fetten Posten einnehmen muß, weiß auch der SPD-Stadtrat Kurz. Vom Gewerkschaftsführer zum Gastwirt ist ein schwerer Sprung, wenn man ein laihmes politisches Bein hat und gern einen auf die Binde nimmt! Aber Gastwirt sein hat mit Sozialismus wenig zu tun. Darum weg damit. Als „Herr Direktor“ eines „Sozialen Unternehmens“ (!) taucht der „Klassencharakter“ unseres „Herrn Stadtrats“ wieder an die Oberfläche. Als Ausbeuter mit hohem Gehalt kämpft es sich nicht schlecht für Freiheit und Recht!

Korruption ist ungeheuer, sagt die Wertewissenschaft. Aber komisch, die SPD-Bonzen werden immer fetter! Und da sagen die Arbeiter noch, daß sie sich auf Kosten der Arbeiter „gesund“ machen wollen! Wir halten dies für einen ungeheuren Zustand! Wenn man sich über die bösen Kommunisten „aufpusten“ muß, kann man auch die werden oder gar einmal „plagen“. Hoffen wir, daß Karl Linde er sich nicht mehr über uns aufzubusten braucht; denn jetzt pusten sich die Arbeiter über ihn auf! Aber warum denn? Wegen des schönen Hauses auf dem Löhrenz und der wunderbaren funkelnelneuen Wohnungseinrichtung? Keine Ursache! Der Mann arbeitet nur im Dienste des Sozialismus.

Heraus zur Protestversammlung!

Freitag 20 Uhr im „Goldenen Frieden“ Protestversammlung gegen den Unterdrückungsraub. Betriebsarbeiter, Erwerbslose, erscheint zahlreich!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

- Stabsstell Nordost. Sämtliche Parteigenossen und Kameraden der Arbeiterbewegung treffen sich Sonntag um 7.45 Uhr mit Köberl Weststraße 43 bei Schneider.
- Zentrum. Freitag 20 Uhr bei K. und L. Wintergasse 27. Frauenversammlung. Alle Genossen der Partei sowie der betreffenden Organisationen schicken ihre Frauen. — Anschließend an die Frauenversammlung kommen alle Parteigenossen in der „Arbeiterwohne“ zusammen.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

- Freitag, den 11. Oktober, treffen sich alle erwerbslosen Jugendgenossen um 17 Uhr bei Melja, Weststraße 43.
- Gruppe Süd. Donnerstag 20 Uhr Sonntagabend im „Eisenberg“, Hollestraße. Gäste haben Zutritt.
- N. Donnerstag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Zoubil's Adnauerstraße. Mitgliederbesprechung mitbringen.
- Neue Annapol. Heute Donnerstag 20 Uhr wichtige Probe.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau

- Gruppe Nord. Donnerstag 17 Uhr Gruppenabend in der „Stadt Ramlau“, Mathiasstraße 212.

Görlitz

- Donnerstag Besprechung im Heim, Serrätergasse.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau

- Alle Funktionärinnen kommen am Donnerstag in die allgemeine Funktionärerversammlung im „Arbeitsgarten“, Neue Gasse 25.

Sonstige Organisationen

Breslau

- Kernt die Weltbildungsgruppe Esperanto! Anfängerkurse beginnen am Dienstag den 8. Oktober, 20 Uhr, im Schützenhaus Kanonenhof, Zachentstraße 29/31. Teilnahmegebühr einfließlich Lehrbuch 5 Mark. Anmeldungen baselst über beim 1. Vorsitzenden Willi Reder, Breslau 10, Westgasse 22.
- Gruppe sozialistischer Schüler. Donnerstag 20 Uhr in der Kuffenstraße 17, Weststraße 173, Zeichenst. Vortrag des Genossen Martin Kallist über die Staatsauffassung des Marxismus. Beginn der Arbeit von Gruppenangelegenheiten 19.30 Uhr.
- Neue Hilfe. Alle Funktionäre haben am Donnerstag im „Arbeitsgarten“, Neue Gasse 25, zu einer gemeinsamen Funktionärerversammlung zu erscheinen.
- Internationale Arbeiter-Hilfe. Alle Funktionäre müssen bestimmt Donnerstag im „Arbeitsgarten“ an der gemeinsamen Funktionärerversammlung aller proletarischen Organisationen teilnehmen.
- Ritter vom Ohlauer Tor! Freitag 20 Uhr findet im Hotel Rohlau, Königsberger Straße 10, eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Stadtverordneter Apelt spricht über Mitarbeiterfragen.
- „Gefährlicher“ „Gef.“. Gemäßigter Chor. Freitag 20 Uhr im „Rotes Löwen“, Aufseherstraße, außerordentliche Mitgliederbesprechung, an der alle Sängerinnen zu erscheinen haben.
- Arbeiter-Sportverein-Gruppe. Freitag 20 Uhr im „Gartenhof“ bei Köberl, Weststraße 26, Jahresabschlussversammlung. — Vorstandssitzung baselst um 19.30 Uhr.

Niederschlesien

Görlitz

Töblich überfahren. Auf der Jakobstraße wurde der Werkmeister Riech von einem Kabsfahrer überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf in einer Klinik verstarb.

Von Vienen zerfressen. Das 14-jährige Mädchen des Gutsärtners Kurel in Viehstein machte sich an einen Bienentopf heran. Die Vienen fielen über das Kind her, und es wurde entsehrlich zugerichtet. Es dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Die Arbeiter-Musikvereinigung veranstaltet am Sonntagabend ein großes Herbstkonzert in der „Stadt Prag“. Beginn 20 Uhr, Kassenöffnung um 19 Uhr.

Sagan

Hauswirtsmanieren. Einige Mieter im Hause Gymnasialstraße 5 bemühen sich seit längerer Zeit um andere Wohnungen. Sie haben es mit einem Hauswirt zu tun, der vom Instanzenbesitzer der Wohnungen nichts hält. Die Verlegung des Wäschebodens weist große Lächer auf. Man kann von ihm aus in den Kochtopf des Mieters Schlas guden. Es ist eine Nachlässigkeit des Hauswirts Müde, der nichts in Ordnung bringt und den Mi tern noch frech erklärt, wenn es nicht paßt, der kann es selber machen lassen. Müde junior droht den Mietern mit der Schaufel, ja er schmeißt sogar nach ihnen. Der Zufall wollte es aber, daß die Schaufel in sein Kreuz ging. Vielleicht hilft die Aufsichtsbehörde diesem Herrn etwas nach.

Bunzlau

Der Tod auf der Landstraße. Ein aus Siegersdorf stammender Motorradfahrer, der von Birkenbrück nach Bunzlau fuhr, überfuhr am Jagdschützenberge in Tilkendorf einen Handwerksburschen. Dieser erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Kreis-Krankenhaus verstarb. Es handelt sich um den 47-jährigen, auf Wandererschaft befindlichen Arbeiter Gustav Wieland aus Peterwitz, Kreis Jauer.

Liegnitz

Erfolgreicher Landarbeiterstreik in Gr.-Jänowitz

Die von uns kürzlich gemeldete Arbeitsniederlegung und die Verschärfung des Kampfes durch Einstellung der Kolonialarbeiten in Gr.-Jänowitz endete mit einem vollen Erfolg der Landarbeiter. Der Gutsbesitzer wurde gezwungen, den Forderungen der Streikenden

zum größten Teil Rechnung zu tragen. Dieses energische Kampfbeispiel zeigt den Landarbeitern, daß nicht durch stilles Aiden, sondern nur durch entschlossenen Kampf die Willkür der Großagrarier gebrochen wird.

Die Familientragödie Bothmischel vor Gericht

Im Juni spielte sich in der Wohnung des Schlossers Bothmischel folgendes ab: Die Großmutter wollte sich mit Leuchtgas vergiften, während seine Frau zu einer Operation im Krankenhaus lag. Bothmischel kam hinzu, schloß die Gasähne, holte den Arzt und rettete so die alte Frau. Aus Erregung über die schweren Schicksalsschläge ging er weg und kam in der Nacht betrunken in seine vereinsamte Wohnung zurück. Er legte sich in der Schlafstube, in der noch ein fünfjähriges Kind schlief, zu einem anderen, fünf Monate alten Söhnchen ins Bett. Seine Mutter, die ihm Vorhaltungen machte, wollte ihm das Kind wegnehmen. Er wies sie jedoch ab und verschloß die Türe. Nachts hörten seine Mutter und Nachbarn das Kind jämmerlich schreien. Die geängstigte Frau begehrie Einlaß, doch wurde nicht geöffnet. Schließlich wurde es still. Früh öffnete der fünfjährige Knabe die Türe. Die Mutter des Schlossers mußte die entsetzliche Entdeckung machen, daß ihr Sohn kein eigenes Kind im Schlafe erdrückt hatte. Wie der Sachverständige betonte, ist das Kind in der Nacht erdrückt worden und dann erstickt. Als Bothmischel sah, was er angerichtet hatte, verließ er das Anglückshaus, um sich vor einen Zug zu werfen. Er wurde jedoch hiervon zurückgehalten.

Am Dienstag hatte er sich nun vor dem Erweiterten Schöffengericht Liegnitz zu verantworten. Da der unglückliche Vater durch den Tod des Kindes selbst am härtesten getroffen ist, erkannte das Gericht auf zwei Monate Gefängnis und gewährte auch Strafaufhebung. Die Staatsanwaltschaft hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Haynau

Großfeuer in Mittel-Steinsdorf

In der Nacht zum Mittwoch brach in der massiven achteckigen Scheune des Dominikus Mittel-Steinsdorf gleichzeitig an drei Stellen Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff, so daß das Gebäude im Nu einem Flammenmeer glich. Es war nichts mehr zu retten, doch gelang es den aus der ganzen Gegend, auch aus Liegnitz, herbeigerufenen Feuerwehren, etwa 30 an der Zahl, die fast gefährdeten Nachbargebäude zu erhalten. Da das Feuer gleichzeitig an mehreren Stellen ausbrach, liegt mit Sicherheit Brandstiftung vor.

Mittelschlesien
Bier Generationen betreut

Eine Korrespondenz meldet in Olmütz am 1. Oktober: In Olmütz, 20 Jahre im „Dienst“ der Grafen von Sieradzki, hat die 20. Generation der Familie gedient.

Von dem Landesältesten von Prittitz in Gammeln bei Chemnitz erhielt kürzlich ein Landarbeiter als Belohnung für 20-jährige treue Dienste eine alte Spielbox mit Handbetrieb, geschenkt. Wie hier die „Belohnung“ aussieht, entzieht sich unserer Kenntnis. Wahrscheinlich gar keine.

Arbeitssport
Die letzten Arbeiter-Adrennen

Der 1. Bezirk hielt am Sonntag die letzte diesjährige Zuverlässigkeitsfahrt ab, und zwar auf der Strecke Breslau-Daslowitz-Ohlau-Warten-Bottwitz-Weißhof-Breslau. In der Hauptklasse, die zeitweise ein sehr schnelles Tempo vorlegte, siegte Sellner-Breslau in der Zeit von 1:58,03. Die weiteren Plätze belegten Linke-Breslau, Vorle, Sauer, Schmitzalla, Freytag-Friedewalde, Gausler und Scholz-Breslau. Die übrigen Fahrer folgten dichtauf. Eine starke Fahrerreihe legte Schmitzalla an den Tag, da er sieben Minuten zu spät am

Start erschienen und beinahe die Spitzengruppe erreichte. Klein und Ludwig hatten Plekchaden und kamen dadurch ins Hintertreffen. In der Jugendklasse, in der 14 Fahrer des Bezirks und drei Fahrer der freien Turnerschaft den Kampf aufnahmen, siegte auf einer kurzen Strecke Dwaß-Friedewalde in der Zeit von 1:07,43 vor Franz-Friedewalde und Sopparth-Breslau. Die weiteren Plätze belegten Witsch, Kern, Pöppel, Peiser-Friedewalde, Kreier-Breslau, Kroschel-Friedewalde und Kreier-Breslau. Am 11. Stelle trat der erste Fahrer der freien Turnerschaft, Witsch, am Ziel ein, dicht gefolgt von Kern, Schaffert und Lange-Breslau. Die übrigen Fahrer folgten in längeren Abständen. In der Spitzengruppe der Jugend, die aus den Fahrern Dwaß, Franz, Kroschel und Sopparth bestand, erfolgte kurz vor dem Ziel ein schwerer Sturz, indem die beiden Favoriten Kroschel und Sopparth stürzten und dadurch ins Hintertreffen kamen. Sopparth machte sich schnell wieder auf's Rad und konnte dadurch noch den dritten Platz retten. — In der Altersklasse, die scheinbar schon den Winterschlaf begonnen hat, siegte der unverwundliche Sportgenosse Pöppel-Breslau. Allen Helfern, Kontrollen und Arbeiterfamiliaren für ihre musterghültige Streckenbesetzung ein herzliches „Grußwort“!

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Die Genossen, die am Tag, gleich in der Jahrhunderthalle teilnehmen, treffen sich heute Donnerstag, 20. Uhr Turnhalle, Begleiter-Schule.

1. Arbeiter-Angler-Verein. Donnerstag, 19,30 Uhr Mitglieder-versammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses.

Freie Turnerschaft, 8. Männer-Abteilung, Mittwoch, 20. Uhr bei Kirsch, Steinstraße, allgemeine Monatsversammlung. Die letzte Besprechung über das Stiftungsfest. — Donnerstag, 20. Uhr im Heim-Paragraf.

Der Weg einer Proletarierin
MANEGE

Mutter: W. Baranowskaja
Jugend verboten!
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pfg.
Mit Besucherkarte 50 Pf., ohne: 70 Pf. Eintritt
Nur Donnerstag — 5 und 8 Uhr
Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48, Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10, Klosterstraße 84
Selenkestraße 17, Michaelisstr. 3

bieten an:
Vom Faß gegen Kasse:
Breslauer . . . 32% = 2.65
Weinbrand-Verschnitt . . . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt . . . 3.70
Himbeersaft . . . per Liter 1.35
(1 Liter über 2% Pfund)

98% Prima Spirit . . . per Liter 1.65

Tafel-Liköre einschl. Flasch-Meisterwerke der Destillierkunst:
Cacao, Goldwasser, Anisorange, Crème de Cacao, Stonsdorfier, Anis, Pfefferminz, Rose, Prunelle, Sherry, Brandy, Kurlürstl, Magen, Wald und Halb e.c.

30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

B. Pohl

Beste und billigste Bezugsquelle ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Breslaus

Trauerkleider
Blusen, Röcke, Mäntel, Hüte, Schleier
kauft man am besten im
Trauer-Magazin August Benedix
Breslau, Ring 1, Ecke Nikolaistr.
Telephon 263 30

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Max Petersilie
Zigarren-Spezialgeschäft
Breslau, Reuschestr. Nr. 37/38
Frankfurter-Strasse Nr. 164

Nähmaschinen
für Haushalt, Heimarbeit und Gewerbe
10 Mark Anzahlung
2.50 wöchentliche Ratenzahlung

Ing. Greulich, Mechanikermstr.
Breslau, Herrenstr. 24 / Telephon 50765
Reparaturen u. Ersatzteile für alle Fabrikate

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Mitterplatz 10, Sternstr. 5/9

Kohlenhandlung
Fuhrmann
Schweidnitz
nur Obere Wilhelmstr. 20
Telephon Nr. 211
empfiehlt
sämtliche Brennmaterialien

Unser Herren-Schlager!



schwarz, flotte, spitze Form, weiß gedoppelt

Man spart

viel leichter, als man mehr verdient. Kaufen Sie in unserer Schuh-Etage, dann sparen Sie schon durch den vorteilhaften Einkauf. Das beweist wieder einmal dieses Angebot!

- Herren-Schnürschuhe** aus gutem braunen Rindbox, in verschiedenen neuen Formen..... **8 90**
- Herren-Schnürschuhe** m. dem beliebten mod. Wulst-Rahmen, amerik. Modell, braun **10.90**, schwarz **9 90**
- Herren-Lackschuhe** rassige schmale Form, weiß gedoppelt..... **10 90**
- Herren-Sportstiefel** festes Rindbox, doppelsohlig wasserdichtes Futter, braun **12.90**, schwarz **11 90**

Aus unserer Damen-Abteilung

- Damen-Spangenschuhe** schwarz, mit dem bequemen Laufabsatz..... **5 90**
- Damen-Spangenschuhe** braun mit baselnuß kombiniert, besonders hübscher Herbstschuh, Lack-Spangenschuhe in verschiedenen Ausführungen **6 90**
- Kamelhaarstoff-Umschlagschuhe** m. Filz- und Ledersohle, verdeckte Naht..... **1 85**
- Damen-Schneestiefel** schwarz m. Samitragen, unentbehrlicher Ueberschuh für Schnee u. Regen, von **6 90** an

Klausner Schuh-Etage

Ring 22 gegenüber dem Schweida-Keller
Ring 22 I. bis III. Stock (Fahrstuhl)

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H. Gurlenstr. 67, II (Capitol)

Möbel
Schlaf-, Speisezimmer, Wohnzimmer, Küchen auf
Kredit
auch Einzelmöbel, Schränke, Vertikoa, Bettstellen etc. zu niedrigsten Preisen!
Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9

Moderne Kinderwagen
25.-
35.-, 29.-, 27.-
Suchante
Znauer-Str. 33 Ecke Taschenstr.
Sämereien
Vogelfutter Futtermittel
Richard Schwella
Matthiasstraße 185 Ecke Weinstraße 85

Schuh-
waren
laufen Sie gut und preiswert bei
H. Gruhn
Schweidnitz Markt 22

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufgaben
prompt und preiswert

PEUVAG
Papier-Erzeugnisse und Verwertungen
Aktien-Gesellschaft
Berlin
Fil. Breslau
Trebntzer Str. 50